

N i e d e r s c h r i f t

**der 51. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
29.01.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 21:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Olaf Sieber	parteilos	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Teilnahme 16:20 Uhr - 18:24 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 15:21 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	Teilnahme 14:12 Uhr - 20:35 Uhr
Herr Frank Sängler	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:05 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Teilnahme bis 21:35 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	Teilnahme bis 20:35 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	Teilnahme bis 21:35 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:35 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme 14:20 Uhr - 16:12 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	Teilnahme 14:10 Uhr - 21:35 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	Teilnahme bis 18:50 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme 14:11 Uhr - 21:35 Uhr
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE	Teilnahme bis 20:47 Uhr
GRAUEN/Volkssolidarität		
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme bis 21:35 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:16 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE
Herr René Trömel	DIE LINKE
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Frau Beate Fleischer	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Kinder und die Damen und Herren Stadträte zur 51. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Kinder der Grundschule "Wolfgang Borchert"

Die Kinder der Wolfgang-Borchert-Grundschule traten stellvertretend für 211 Mitschüler auf und fragten an, wann sie wieder in Ruhe in der Schule lernen können, ohne Angst haben zu müssen, dass die Schule geschlossen wird. Zu ihrem Anliegen übergaben sie eine Unterschriftenliste.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete dazu, dass es nicht um die Schließung der Grundschule, sondern um die Sicherung von Schulstandorten bezüglich des Brandschutzes gehe.

Im Rahmen der Sanierung von Schulen müsse man überlegen, wie viel Grundschulen gebraucht und für die Zukunft brandschutzsicher gemacht werden müssen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bedankte sich bei den Kindern der Wolfgang-Borchert-Grundschule für ihr Kommen.

Frau Janine Springer zur Fusion Grundschule "Wolfgang Borchert"

Frau Springer stellte sich als Vertreterin der 211 Kinder, deren Eltern und des pädagogischen Teams an der Wolfgang-Borchert-Grundschule vor und informierte darüber, dass sie bereits im Dezember und Januar 1.500 Unterschriften und heute 1.450 Unterschriften für den Erhalt des Grundschulstandortes der Wolfgang-Borchert-Grundschule nachgereicht habe. Diese Unterschriften zeigen, dass es nicht nur um die eine Grundschule gehe und auch nicht nur um die einzelnen Kinder an dieser Schule.

Sie betonte, dass man nicht gegen eine Sanierung sei, aber es müsse auch in den Schulen für die Kinder etwas getan werden.

Frau Springer bedankte sich für die Gespräche und die Unterstützung im Bildungsausschuss, wies aber auch darauf hin, dass sie die Information des Herrn Bürgermeister Geier in der Presse, die Zollrainschule zu sanieren, nicht nachvollziehen könne. Und es unlogisch sei, 211 Schüler umziehen zu lassen, um eine Schule mit 90 Kindern im Bestand zu sichern.

Dazu führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass man sich im Finanzausschuss darauf verständigt und im Sinne der Gesamtabwägung und der Sache den Weg gefunden habe, welcher einerseits die Beschlussfassung zur Schulentwicklungsplanung heute im Rat zulässt und andererseits im Austausch mit dem Bereich von Herrn Beigeordneten Kogge ermöglicht wird, entsprechende Prüfungen zu STARK III vorzunehmen.

Frau Dana Cheri zur Lessingstraße

Frau Cheri berichtete über ein Gerücht, dass die Lessingstraße eine Umgehungsstraße für das Steintor werden soll. Sie sei damit nicht einverstanden und machte den Vorschlag, die B6 in Richtung Könnern als Umgehungsstraße für die B100 zu nutzen, da ihrer Meinung nach der Verkehr auf der Paracelsusstraße in die Stadt nicht so hoch wäre und die Paracelsusstraße eventuell einspurig in beide Richtungen genutzt werden könne.

Sie fragte an, ob es eine andere Möglichkeit gäbe, damit die Lessingstraße nicht als Umgehungsstraße genutzt werden müsse.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, bedankte sich für den Hinweis und teilte mit, dass es nicht darum gehe, auf Dauer eine entsprechende Straßenführung einzurichten. Es sei geplant, während des Umbaus der Steintorkreuzung für entsprechende Zeiten der Baumaßnahme, den Verkehr zu organisieren und Umleitungsstrecken zu finden.

Momentan liege von der HAVAG noch kein Vorschlag für ein großräumiges Umleitungskonzept für den übergeordneten Verkehr vor.

Im angesprochenen Fall habe man vorgesehen, für den innerstädtischen Verkehr die Lessingstraße mit einer Asphaltschicht zu ertüchtigen und dann für den Zeitraum des Umbaus des nördlichen Gleisdreiecks - Bereich Paracelsusstraße/Berliner Straße - für ein halbes Jahr die Lessingstraße zu nutzen.

Ebenso werde es auch eine Verbindung über Reileck/Berliner Straße mit einer vierteljährlichen Nutzung der Hollystraße geben.

Desweiteren machte er deutlich, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner des Paulusviertels beziehungsweise angrenzender Viertel Umleitungsstrecken ausgewiesen werden müssen, um Alternativen für den Stadtverkehr zu finden, welcher während der Bauphase nicht über das Steintor fahren kann.

In diesem Zusammenhang machte **Frau Cheri** auf die begrenzten Parkmöglichkeiten sowie die Bausubstanz der unter Denkmalschutz stehenden Häuser in der Lessingstraße aufmerksam, welche keine Schallschutzfenster hätten.

Herr Beigeordneter Stäglin erläuterte, dass in entsprechenden Untersuchungen festgestellt wurde, dass es im Moment eine Belastung des westlichen Teils der Lessingstraße mit weniger als 1.000 Kraftfahrzeugen pro Tag gäbe und im östlichen Teil etwa 2.000. Damit gehe man von weniger als 4.000 Kraftfahrzeugen pro Tag aus.

Bezüglich des Parkens werde während der Umleitungsführung durch die Lessingstraße und die Jahnstraße in beiden Straßenzügen ein einseitiges Parken ermöglicht werden.

Herr Lothar Gedecke zur Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen

Herr Gedecke merkte an, dass die von der Bürgerinitiative in der letzten Stadtratssitzung gestellten Fragen zur Erhaltungssatzung 155 bis heute nicht beantwortet worden sind.

Weiterhin stellte er klar, sich dass der Widerspruch gegen die Erhaltungssatzung nicht allein auf die Stellplätze beziehe, sondern auch auf den eventuellen Rückbau von Zäunen, Treppenaufgängen und Garteneinfassungen, welche nicht mehr dem ursprünglichen Zustand entsprechen.

Auch sei ein Schreiben an die Fraktionen vom Dezember 2013 größtenteils noch nicht beantwortet. Bezugnehmend darauf bedankte er sich im Namen der Bürgerinitiative bei der SPD-Fraktion für eine konstruktive Gesprächsführung zu diesem Thema.

Herr Gedecke verwies in seinen weiteren Ausführungen auf einen Artikel im Amtsblatt, in welchem dargestellt wurde, dass die Erhaltungssatzung auf Grund der Durchführung von Baumaßnahmen komplett abgelehnt werden soll. Er fragte an, welche Baumaßnahmen durchgeführt werden sollen, da diese nicht dem § 34 des Baugesetzbuches entsprechen würden.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Gedecke** an

- Wie viel Anträge auf Abriss bzw. Neubau wurden gestellt?
- Ist der Verwaltung bewusst, dass bei solchen Bauanträgen unheimlich lange Aufwendungen an Zeit erbracht werden müssen und die Bauanträge unter Umständen abgelehnt werden müssen und die Steuern verloren gehen?
- Mit welchen Zeiträumen ist bei solchen Bauanträgen zu rechnen, falls es in dieser Form gemacht werde?

Abschließend berichtete **Herr Gedecke** über ein kurzzeitig im Internet veröffentlichtes Dokument, in welchem Herr Beigeordneter Stäglin die Streichung der Erhaltungssatzung, wie auch von den Anwohnerschaft in der Einwohnerversammlung einstimmig beschlossen, vorgeschlagen habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass die Meinung der Verwaltung in einer Antragstellung kundgetan wurde und diese die Aufhebung der angesprochenen Erhaltungssatzung beinhalte. Damit gäbe es keinen Vergleich zu anderen Erhaltungssatzungen.

Der Antrag befindet sich in der Beratung in den Ausschüssen. Danach werde der Stadtrat eine Entscheidung treffen.

Herr Harald Renner zur Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen

Herr Renner machte darauf aufmerksam, dass die Satzung 2004 dazu geschaffen wurde, Fördermittel bereitzustellen und steuerliche Vergünstigungen zu gewähren. Da es diese Gesetze nicht mehr gäbe, sei die Satzung hinfällig.

Herr Renner fragte an:

- Warum wurde die Pestalozzistraße aus der Satzung rausgenommen und gleichzeitig die Paul-Suhr-Straße und auch die Diesterwegstraße in die Satzung aufgenommen?
- Die Paul-Suhr-Straße wurde 2004 in die Satzung aufgenommen, obwohl diese nur aus einem Kilometer Wohnbebauung bestehe. Dies habe nichts mit einer Gartensatzung zu tun.
- Oberhalb der Diesterwegstraße, die sich innerhalb der Satzungsgrenze befindet, habe die HWG drei Wohnblöcke saniert und durch den Abriss von Verbinderbauten wurden 30 Parkplätze hinter den Wohnbauten geschaffen. Dies sei ein eindeutiger Verstoß gegen den § 34 Baugesetzbuch.
- Innerhalb der Erhaltungssatzung befindet sich ein Wohnblock mit dem Baujahr 1964. Was ist hier erhaltenswert?

- Innerhalb der Satzungsgrenzen baut die Wohnungsgenossenschaft Eigene Scholle und funktioniert 10.000 qm Grün um in eine Wohnbebauung und plane auch für 2016, den Schulgarten der Diesterwegschule zu bebauen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die detaillierten Fragen. Eine ausführliche Beantwortung dazu erfolge in schriftlicher Form.

Weiterhin bat er darum, den Stadträten Zeit zu geben, sich ausführlich mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen und über die von der Verwaltung erarbeitete Vorlage zu befinden.

Der Terminwunsch von Herrn Renner zu einem Gespräch der Bürgerinitiative mit **Herrn Beigeordneten Stäglin** wurde von diesem aufgenommen.

Herr Hartmut Kreidel zum S-Bahnhof Rosengarten

Herr Kreidel stellte sich im Auftrag des Wohngebietes und der Siedlergemeinde Rosengarten vor und berichtete, dass auf dem S-Bahnhof Rosengarten der Bahnsteig 2 in Richtung Halle-Neustadt seit über einem halben Jahr gesperrt sei und diese Haltestelle aus Richtung Hauptbahnhof nicht mehr bedient werde und in Richtung Halle-Neustadt ein Rufbus in Anspruch genommen werden muss.

Die Sperrung sei aufgrund einer Aussage der Deutschen Bahn erfolgt, welche sich auf Gefahrenabwehr durch Böschungsruschung auf Grund von Starkregen bezieht, ohne dass dazu entsprechende Messprotokolle dokumentiert wurden. Es sei vorgesehen, die Sperrung mindestens bis 2017 beizubehalten, bis die Brücke über die Merseburger Straße neu gebaut werden soll.

Herr Kreidel fragte nach, welche Schritte die Stadt unternehmen könne, um die Deutsche Bahn in die Verantwortung zu nehmen. Seiner Meinung nach sei es möglich, dass durch eine turnusmäßige Kontrolle und Instandsetzung keine akute Gefahr besteht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass sich die Verwaltung bis zum nächsten Stadtrat mit der Deutschen Bahn in Verbindung setzen werde und das Thema auch schon in einer Klausurtagung mit der HAVAG besprochen worden ist.

Herr Rodney Thomas zum Stadtbahnprogramm

Herr Thomas fragte an, weshalb die Informationen zu städtebaulichen Maßnahmen nur ungenügend und nicht frühzeitig in der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass es bisher den Rhythmus Planungsausschuss – Bürgerveranstaltung – Stadtratsentscheid gäbe. Unter dem Gesichtspunkt des Steintors habe man zum Beispiel sehr frühzeitig mit einer Information der Bürger angefangen. Es müsse der Verwaltung auch die Möglichkeit gegeben werden, Ideen zu entwickeln, über welche dann die Öffentlichkeit zu informieren wird.

Desweiteren befinde man sich auch mit dem Oberbürgermeister im Gespräch, wie zukünftig Strukturen optimiert werden können. Bezogen auf die Beteiligung wies **Herr Beigeordneter**

Stäglin auf personelle Ressourcen und Sachmittel hin, um entsprechende Veranstaltungen durchführen zu können.

Herr Beigeordneter Stäglin bezog sich in seinen weiteren Ausführungen auf den Inhalt des von Herrn Thomas verteilten Flugblattes und machte darauf aufmerksam, dass er differenzieren müssen zwischen den Aktivitäten des Planungsamtes und zum Beispiel dem Projekt im Bereich Dölau, wenn ein privater Grundstückseigentümer ein Projekt entwickeln möchte und dieser auch Rechte als Antragsteller habe.

Er erinnerte an den Wohnpark Pauluspark, wo der Grundstückseigentümer, bevor der Wettbewerb hausintern durchgeführt wurde, eine öffentliche Veranstaltung mit der Bürgerinitiative durchführte und damit eine frühzeitige Information erfolgt ist.

Bezüglich des Rodelberges für die Silberhöhe merkte er an, dass sich nicht das Planungsamt dieses Projekt ausgedacht habe, sondern die Verwaltung einen Vorschlag des Forums Silberhöhe aufgriff, um den Stadtteil aufzuwerten.

Herr Steffen Melzer zum MMZ

Herr Melzer sprach als Geschäftsführer einer kleinen Medienagentur im MMZ im Interesse von 52 Firmen, welche Mieter im MMZ sind.

Die Mieter positionieren sich klar dazu, einen schnellen Wiederaufbau am alten Standort zu veranlassen. Er bedankte sich für das konstruktive Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister und fragte, ob sichergestellt werden kann, dass bis zum Ende des Quartals mit Baumaßnahmen begonnen werde?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte aus, dass für die im Gespräch mit den Mietern des MMZ erörterten Schritte die Aufträge herausgegeben worden sind. In den nächsten Tagen werde ein Schadensgutachter beauftragt. Auch habe man vereinbart, innerhalb von 30 Tagen ein Konzept zur zukünftigen Entwicklung des MMZ bereitzustellen und eine Wirtschaftlichkeitsanalyse vorzulegen.

Er machte auch deutlich, dass der Stadtrat in allen Punkten mitgenommen werde und ähnlich wie in anderen Projekten die Standortfestlegung der erste und wichtigste Schritt sei, auf welchem sich die weiteren Schritte aufbauen werden. Als Beispiel verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf die Eissporthalle, da auch dort die Flutmittel genau untersetzt und eine klare Aussage zum Standort getroffen werden muss.

Bezogen auf die Wirtschaftlichkeitsanalyse machte er deutlich, dass diese sich auch mit alternativen Standorten beschäftigen müsse, welche im Verlaufe der Diskussion ausgeschlossen werden können.

Innerhalb eines Monats werde man soweit sein, die noch offenen Fragen zu beantworten und dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung einen konkreten Standortvorschlag vorzustellen, um dann an die weiteren Feinplanungen zur Weiterentwicklung des MMZ gehen zu können.

Herr Melzer merkte dazu noch an, dass ein eventueller Standortwechsel der Branche an diesem Standort schaden würde, weil im Zeitraum der Neubauphase keine Gründungen und Neuansiedlungen stattfinden würden und viele Aufträge in andere Städte vergeben werden. Abschließend stellte **Herr Melzer** klar, dass die Mieter und Gründer im MMZ diesen Standort unterstützen und ihre Hilfe in den Konzeptionen anbieten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass in Bezug auf die kurzfristige Sicherstellung der Funktionsräume ein Auftrag an den Geschäftsführer ergangen sei, Vorkehrungen zu treffen und einen entsprechenden Antrag zu stellen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 51. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 45 Mitglieder des Stadtrates (80,36 %) anwesend.

Herr Bartl äußerte die Bitte an die Fraktionsgeschäftsstellen und die Verwaltung, die Einreichung von Unterlagen für die Stadtratssitzungen fristgerechter zu veranlassen.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.2 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12089
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 7.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/12111
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 7.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet
Vorlage: V/2013/12273
Wurde im Planungsausschuss vertagt.
- 7.12 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen
Vorlage: V/2013/12186
Wurde im Sozialausschuss vertagt.

- 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung einer ausreichenden Finanzausstattung der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/12205
Wurde durch den Antragssteller zurückgezogen.

Herr Bartl informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014
Vorlage: V/2014/12414

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begründete die Dringlichkeit und die Kurzfristigkeit der Einreichung damit, dass der Aufsichtsrat eine Veränderung des Wirtschaftsplanes beschlossen habe und die volle Handlungsfähigkeit in der TOO hergestellt werden müsse.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, kritisierte, dass die Vorlage erst zur heutigen Sitzung verteilt wurde, obwohl sie mit Datum 24.01.2014 versehen sei.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage-Nr. V/2014/12414

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt **6.19** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2014/12424

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage-Nr. V/2014/12424

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt **8.18** behandelt.

Herr Bartl machte den Vorschlag, über die Aufnahme auf die Tagesordnung der nachfolgenden Dringlichkeitsanträge im Block abzustimmen:

- 8.19 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH
Vorlage: V/2014/12444

- 8.20 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12445

- 8.21 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12446

- 8.22 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
Vorlage: V/2014/12447
- 8.23 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses
Vorlage: V/2014/12448
- 8.24 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Wahl eines Stellvertreters im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2014/12449

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Vorlage-Nr. V/2014/12444
Vorlage-Nr. V/2014/12445
Vorlage-Nr. V/2014/12446
Vorlage-Nr. V/2014/12447
Vorlage-Nr. V/2014/12448
Vorlage-Nr. V/2014/12449

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE.LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12455

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates (Vorlagen-Nr.: V/2014/12455)
Vorlage: V/2014/12457

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, begründete die Dringlichkeit damit, dass auf Nachfragen beim Oberbürgermeister zur Verfahrensweise der Vertragsabsprache mit dem Kultusministerium zu den Theaterverträgen mit der TOO und dem Land Sachsen-Anhalt der Stadtrat nicht vor den Gesprächen, sondern erst im Nachgang beteiligt werden soll.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Vorlage-Nr. V/2014/12455
Vorlage-Nr. V/2014/12457

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt **8.25** und der Änderungsantrag unter dem Tagesordnungspunkt **8.25.1** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: V/2014/12452

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Vorlage-Nr. V/2014/12452

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt **8.26** behandelt.

Herr Bartl informierte darüber, dass nachfolgende Änderungsanträge bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.10 Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12228
- 6.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12368
Hierzu wurde der Beschlussvorschlag noch einmal geändert.
- 6.10.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
(V/2013/12228)
Vorlage: V/2014/12410
Der Antrag liegt neu vor.
- 6.11 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014
Vorlage: V/2013/12148
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 6.11.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beantragung von
Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014 (V/2013/12148)
Vorlage: V/2014/12453
- 6.13 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre
2014/15 bis 2018/19
Vorlage: V/2013/11910
Hierzu liegen neue Änderungsanträge vor.
- 6.13.1 Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle-NEUES
FORUM und SPD zur Beschlussvorlage V/2013/11910 - Schulentwicklungsplan für die
Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: V/2014/12379
Hierzu wurde im Betreff eine Korrektur vorgenommen.
- 6.13.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre
2014/15 bis 2018/19 (V/2013/11910)
Vorlage: V/2014/12407
- 6.13.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Feststellung des
Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19"
Vorlage: V/2014/12440
- 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und
seiner Ausschüsse
Vorlage: V/2013/12277
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.

- 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)
Vorlage: V/2014/12423
- 7.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und der CDU-Fraktion zur Gestaltung von Schulhöfen
Vorlage: V/2013/12187
Hierzu kam ein neuer Antragsteller hinzu.
- 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377
Hierzu wurden Anlagen, Antragsteller und Stellungnahme ergänzt.
- 8.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ - (Vorlagen-Nr.: V/2014/12377)
Vorlage: V/2014/12454
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015
Vorlage: V/2014/12398
Hierzu wurde eine geänderte Stellungnahme eingereicht.
- 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM zur Neubesetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12400
Hier wurde die FDP-Fraktion im Betreff ergänzt.
- 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Neubesetzung eines Mitgliedes im Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2014/12401
Hier wurde die FDP-Fraktion im Betreff ergänzt.

Dem Antrag von **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**, die Punkte

- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013

Vorlage: V/2013/12112

und

- 8.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption

Vorlage: V/2014/12378

zusammen zu behandeln, wurde zugestimmt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat darum, die Möglichkeit zu prüfen, ob die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten

- 4.2. Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH

Vorlage: V/2014/12406

4.3. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2013/12355

4.4. Wirtschaftsplan 2014 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2013/12357

aus dem nicht öffentlichen Teil im öffentlichen Teil der Stadtratssitzung behandelt werden können.

Bezogen auf den TOP 4.4 stimmte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft** zu.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, stellte dazu fest, dass es nicht möglich sei, eine Vorlage aus dem nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen Teil der gleichen Sitzung zu verschieben. Dies stelle einen Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz dar, weil die Bürger nicht die Möglichkeit hätten, an der Sitzung teilzunehmen, da im Vorfeld nicht bekannt war, dass die Vorlage öffentlich behandelt wird.

Abschließend stellte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, fest, dass die Vorlage
4.4. Wirtschaftsplan 2014 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2013/12357

im nicht öffentlichen Teil abgesetzt und auf die nächste öffentliche Stadtratssitzung verschoben wird.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2013 und 18.12.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.12.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/11968
- 6.2 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12089

abgesetzt

- 6.2.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2014/12422 *abgesetzt*
- 6.2.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12421 *abgesetzt*
- 6.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11881
- 6.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11882
- 6.5 Bebauungsplan Nr. 105 "Gartenstadt Nietleben", 1. Änderung- Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11942
- 6.6 Bebauungsplan Nr. 105 "Gartenstadt Nietleben", 1. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11943
- 6.7 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 24 „Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“
Vorlage: V/2013/12079
- 6.8 Bebauungsplan Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12087
- 6.9 Bebauungsplan Nr. 59.1 Klinikum Kröllwitz, 2. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12121
- 6.10 Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12228
- 6.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12368
- 6.10.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
(V/2013/12228)
Vorlage: V/2014/12410
- 6.11 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014
Vorlage: V/2013/12148
- 6.11.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beantragung von
Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014 (V/2013/12148)
Vorlage: V/2014/12453
- 6.12 Baubeschluss zur Teilsanierung der Grundschule Frohe Zukunft Standort Dessauer Str.
152
Vorlage: V/2013/11962

- 6.13 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: V/2013/11910
- 6.13.1 Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und SPD zur Beschlussvorlage V/2013/11910 - Schulentwicklungsplan für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19
Vorlage: V/2014/12379
- 6.13.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (V/2013/11910)
Vorlage: V/2014/12407
- 6.13.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19"
Vorlage: V/2014/12440
- 6.14 Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2
Vorlage: V/2013/11918
- 6.15 Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement (EB ZGM); Abberufung der Eigenbetriebsleitung und der Mitglieder des Betriebsausschusses
Vorlage: V/2013/12166
- 6.16 Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser
Vorlage: V/2013/11991
- 6.17 Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung
Vorlage: V/2013/11980
- 6.18 Standort der Eissporthalle
Vorlage: V/2013/12362
- 6.19 Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014
Vorlage: V/2014/12414
7. Wiedervorlage
- 7.1 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/11372 *abgesetzt*
- 7.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/12111 *abgesetzt*
- 7.3 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord
Vorlage: V/2013/12097
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten

- Vorlage: V/2013/11766
- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Kooperationsvertrag Volkshochschulen
Vorlage: V/2013/12185
- 7.6 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrensständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*
Vorlage: V/2013/12273 *abgesetzt*
- 7.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Übernahme der Fahrtkosten von BerufsschülerInnen zum Sportunterricht
Vorlage: V/2013/12271
- 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: V/2013/12277
- 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)
Vorlage: V/2014/12423
- 7.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2013/12019
- 7.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und der CDU-Fraktion zur Gestaltung von Schulhöfen
Vorlage: V/2013/12187
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112
- 7.12 *Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen*
Vorlage: V/2013/12186 *abgesetzt*
- 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt
Vorlage: V/2013/12192
- 7.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung von Gehwegschäden
Vorlage: V/2013/12193
- 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung einer städtebaulich und finanziell optimalen Entwicklungsplanung am Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/12200
- 7.16 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung einer ausreichenden Finanzausstattung der Stadt Halle*
Vorlage: V/2013/12205 *abgesetzt*

- 7.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der sicheren Nutzbarkeit des öffentlichen Straßenraums
Vorlage: V/2013/12206
- 7.18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zustand und Weiterentwicklung der Breitband- und IT-Ausstattung der städtischen Schulen
Vorlage: V/2013/12300
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102
- 8.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes bzgl. der Fortsetzung und Intensivierung der Beziehungen zu den Partnerstädten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12375
- 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377
- 8.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ - (Vorlagen-Nr.: V/2014/12377)
Vorlage: V/2014/12454
- 8.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption
Vorlage: V/2014/12378
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12387
- 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2014/12388
- 8.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela
Vorlage: V/2014/12396
- 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. (Vorlage: V/2013/12229)
Vorlage: V/2014/12402
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vergabe eines Namens für den Campusplatz des Geisteswissenschaftlichen Zentrums
Vorlage: V/2013/12369
- 8.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Prüfung einer Anpassung der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“
Vorlage: V/2014/12390
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015

Vorlage: V/2014/12398

- 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM zur Neubesetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12400
- 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Neubesetzung eines Mitgliedes im Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: V/2014/12401
- 8.14 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, DIE LINKE, der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Einordnung des Peißnitzhauses in ein Städtebaufördergebiet der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/12370
- 8.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Coverabbildungen im Katalog der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2014/12395
- 8.16 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Umgestaltung des Straßenraums auf Grund des Bebauungsplans 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus"
Vorlage: V/2013/12337
- 8.17 Prüfantrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Durchführung einer Kunstaussstellung der Bürger Halles und des Saalekreises
Vorlage: V/2014/12405
- 8.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2014/12424
- 8.19 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH
Vorlage: V/2014/12444
- 8.20 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12445
- 8.21 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12446
- 8.22 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
Vorlage: V/2014/12447
- 8.23 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses
Vorlage: V/2014/12448
- 8.24 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Wahl eines Stellvertreters im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2014/12449

- 8.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE.LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12455
- 8.25.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates (Vorlagen-Nr.: V/2014/12455)
Vorlage: V/2014/12457
- 8.26 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: V/2014/12452
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stellplatzsituation im Gesundbrunnenviertel
Vorlage: V/2013/12171
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Rettungskonzept an der ICE-Strecke Halle-Erfurt
Vorlage: V/2013/12314
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Planungen der Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes
Vorlage: V/2013/12315
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Hechtgrabens in Dörlau
Vorlage: V/2013/12253
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Parkkonzept am Stadion "Erdgas Sportpark"
Vorlage: V/2013/12278
- 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11896)
Vorlage: V/2013/12174
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung am August-Bebel-Platz
Vorlage: V/2013/12276
- 9.8 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Raumkonzept des FB 24
Vorlage: V/2013/12284
- 9.9 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grund- und Schichtwassersituation Halle/Seeben
Vorlage: V/2013/12312
- 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Online-Katalog der Stadtbibliothek Halle
Vorlage: V/2013/12301
- 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umfang und Kosten des Projektes "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"

- Vorlage: V/2013/12302
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass
Vorlage: V/2013/12303
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Laubsaugern und Laubbläsern
Vorlage: V/2013/12304
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand Breitbandverfügbarkeit und -
ausbau
Vorlage: V/2013/12305
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu in den Jahren 2011 und 2012 in
Auftrag gegebenen Gutachterleistungen
Vorlage: V/2013/12306
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Übereinstimmung des geplanten Bauvorhabens
im Rahmen des Bebauungsplanverfahren 162 mit der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/12184
- 9.17 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum geplanten Bauvorhaben im Geltungsbereich des
Bebauungsplanverfahrens 162 im Vergleich zu einem GWG-Projekt am Hubertusplatz
Vorlage: V/2013/12182
- 9.18 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Verwertung des Grundstücks im Geltungsbereich
des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12180
- 9.19 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu einem Beweissicherungsverfahren im Rahmen der
Abrissarbeiten und späterer Baumaßnahmen im Geltungsbereich des
Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12179
- 9.20 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen
Vorlage: V/2013/12178
- 9.21 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum Einsatz von Straßenborden
Vorlage: V/2013/12308
- 9.22 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Führung des Radverkehrs in der Heideallee
Vorlage: V/2013/12309
- 9.23 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Vorgaben der HAVAG zu einzuhaltenden
Abständen der Straßenbahnen zu Fahrrädern und Beachtung der StVO
Vorlage: V/2013/12310
- 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Finanzierung des Fußwegebaus zwischen der
Haltestelle Am Heidesee und dem Gleisübergang
Vorlage: V/2013/12311
- 9.25 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Sicht der Verwaltung auf die weitere
Vorgehensweise im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 162
Vorlage: V/2013/12316
- 9.26 Anfrage der CDU-Fraktion zum Bürgerhaushalt

- Vorlage: V/2014/12380
- 9.27 Anfrage der CDU-Fraktion zum Osendorfer See
Vorlage: V/2014/12381
- 9.28 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12382
- 9.29 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Spontanpartys in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12376
- 9.30 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Vorlagen-Nr.: V/2013/11898 – Sitzung des Stadtrates vom 27.11.2013
- Anpassung und Neuausweisung der räumlichen Schwerpunkte (Fördergebiete) zur Gebäudesicherung an den Programmfortschritt sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für diese Schwerpunktbereiche-
Vorlage: V/2014/12385
- 9.31 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Nutzungsverträgen für Garagengemeinschaften
Vorlage: V/2013/12364
- 9.32 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur neuen Ampelanlage am Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/12365
- 9.33 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Halle
Vorlage: V/2013/12366
- 9.34 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/12367
- 9.35 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung des Halle-Passes
Vorlage: V/2014/12403
- 9.36 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2013/11777)
Vorlage: V/2014/12404
- 9.37 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zum Neubau eines Katastrophenschutzentrums
Vorlage: V/2014/12394
- 9.38 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12391
- 9.39 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum
Vorlage: V/2014/12389
- 9.40 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Planetarium auf der Peißnitzinsel
Vorlage: V/2014/12393

- 9.41 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Bereich der Hochwasserschutzanlage Gimritzer Damm
Vorlage: V/2014/12397
- 9.42 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Schule am Niedersachsenplatz
Vorlage: V/2014/12399
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Sachstand der Bewilligungen zur Städtebauförderung für das Programmjahr 2013
Vorlage: V/2013/12177
- 10.2 Konzept zum Jubiläumsjahr "50 Jahre Neustadt"
Vorlage: V/2013/12072
- 10.3 Quartalsbericht III/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2013/12090
- 10.4 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf
Vorlage: V/2013/11554
- 10.5 Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11917
- 10.6 Veranstaltungshöhepunkte 2014
Vorlage: V/2013/12163
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 12.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der Lessingstraße
Vorlage: V/2013/12275
- 13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2013 und 18.12.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 49. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.11.2013.

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 50. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 18.12.2013.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.12.2013**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 18.12.2013 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

zu 4.1 **Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Haushaltsjahr 2013
Vorlage: V/2013/12238**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Mehrauszahlung im Haushaltsjahr 2013 für eine Verbindlichkeit gegenüber der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH in Höhe von 1.763.827,73 Euro aus dem Produkt 1.11129/73150000 Zuschüsse an verbundene Unternehmen.

Die Deckung erfolgt aus den Verbindlichkeiten in Höhe von **1.763.827,73 Euro**.

zu 4.2 **Änderungsvereinbarung zum Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag zwischen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH und der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH
Vorlage: V/2013/12233**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Abschluss der Änderungsvereinbarung zum Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag zwischen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH als herrschende Gesellschaft und der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH als abhängige Gesellschaft, der als Anlage zu diesem Beschluss beigefügt ist, wird zugestimmt.

zu 4.3 **Abschluss Fernwärmeversorgungsvertrag Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12236**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Fernwärmeversorgungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) (Kunde) und der Energieversorgung Halle GmbH (EVH) über die Lieferung von Fernwärme für Raumheizung und Warmwasserbereitung durch die EVH gegenüber dem Kunden für dessen Liegenschaften (Anschlussstellen) gemäß der Anlage für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2015 abzuschließen, ohne dass es einer Kündigung bedarf. EVH wird dem Kunden bis spätestens zum 30.03.2015 ein verbindliches Vertragsangebot zur Versorgung mit Fernwärme ab dem 01.01.2016 unterbreiten.

**zu 4.4 Änderung von Ergebnisabführungsverträgen beziehungsweise von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen der Stadtwerke Halle GmbH mit Tochtergesellschaften
Vorlage: V/2013/12234**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderung der Ergebnisabführungsverträge beziehungsweise der Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge der Stadtwerke Halle GmbH mit der

- EVH GmbH
- Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH
- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
- TELONON Abwasserbehandlung GmbH
- Hafen Halle GmbH
- IT-Consult GmbH
- RAB Halle GmbH

durch Aufnahme eines dynamischen Verweises auf § 302 AktG wird zugestimmt.

**zu 4.5 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2013/12250**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) vom 20.11.2013:

„Die BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Sachsen-Anhalt in Halle (Saale), wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH gewählt.“

**zu 4.6 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: V/2013/12118**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des vom Oberbürgermeister bevollmächtigten Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vom 04.11.2013:

Beschlusstext: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG für das Jahr 2013 beauftragt.

**zu 4.7 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2013/12226**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH vom 07.11.2013.

Beschlusstext: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke & Partner GbR wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2013 beauftragt.

**zu 4.8 Vertrag zur Durchführung der Reinigung von Straßenentwässerungsanlagen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12209**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2021 im Rahmen eines Inhouse-Geschäftes einen Vertrag zur Reinigung von Straßenentwässerungsanlagen der Stadt Halle (Saale) mit der HWS GmbH abzuschließen.

zu 4.10 Wirtschaftsplan 2014 der HWG GmbH und Klage gegen den Bescheid des Landesrechnungshofes Vorlage: V/2013/12353

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

**B.-Punkt 1: mehrheitlich abgelehnt,
 1 Ja-Stimme**

B.-Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister empfiehlt dem Stadtrat, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. *Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, in der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) den Wirtschaftsplan 2014 mit einer Ausschüttung an die Stadt in Höhe von 5,0 Millionen Euro zu bestätigen.*
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den Geschäftsführer der HWG anzuweisen, Klage gegen den Bescheid des Landesrechnungshofes vom 4.12.2013 (Zeichen: 41-04311/02000) einzulegen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die Stadt Halle (Saale) in diesem Jahr im Konzern 360 Mio. Euro Fördermittel zu verarbeiten habe. Diese Summe ermögliche die Durchführung zahlreicher Baumaßnahmen.

In diesem Zusammenhang erinnerte er noch einmal an die Richtlinien zum Flutmittelfond, ausschließlich mit qualifizierten Gutachten zu arbeiten. Unmittelbar nach der Flut wurden schon einige Gutachten erstellt und Schadensschätzungen vorgenommen. Diese reichen aber nicht aus, um im Anschluss mögliche Rückforderungen zu vermeiden.

Diesbezüglich habe man sich entschieden, alle betroffenen Standorte zu analysieren, die Gutachten sorgfältig durchzuführen und Wirtschaftlichkeitsanalysen und Entwicklungskonzepte anzufügen.

Innerhalb der Verwaltung wurde sich bei allen anstehenden Projekten auf eine enge Beteiligung des Stadtrates verständigt. Dies gelte auch im Rahmen der Flutmittelhilfe, wo eine schnelle und zügige Arbeit notwendig sei. Es könnte aus diesem Grund zu Sondersitzungen kommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte auf § 51 Absatz 5 der Gemeindeordnung aufmerksam, in welchem festgelegt sei, dass ein Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Stadtrates unverzüglich die Einberufung des Stadtrates verlangen könnte. Möglicherweise werde es dazu einige Male kommen und er werde die Stadträte weitestmöglich einbeziehen.

Innerhalb der Flutmittel und auch im Hinblick auf die Bebauungsmaßnahmen habe man die Möglichkeit bekommen, bedeutende Konzeptionen, die sich mit der Metropolregion beschäftigen, anzugehen. Eine ausführliche Berichterstattung habe dazu schon im Hauptausschuss stattgefunden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter darüber, dass im März der Verein Metropolregion e.V. und die Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland fusionieren wollen und die Satzung dann im Stadtrat vorgestellt werden soll.

Weiterhin berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** von den Gesprächen mit Herrn Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Dieser setze sich ebenfalls, wie auch der Vorstandsvorsitzende der Flughafengesellschaft, Herr Kopp, sehr intensiv für ein gemeinsames Flächenmanagement und für eine gemeinsame, stärkere und optimierte Wirtschaftsförderung ein.

In der nächsten Beigeordnetenkonferenz werden diese Themen vorgestellt und näher beleuchtet, um das Zusammenrücken mit Leipzig zu verstärken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zeigte sich positiv überrascht über die Signale aus Leipzig sowie darüber, dass Halle in das Flächenmanagement einbezogen wurde und eine neue Konzeption präsentieren wolle.

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass am morgigen Tag interne Abstimmungen mit dem Geschäftsführer und den Intendanten stattfinden werden. Zu den Konzepten könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen. Dies hänge davon ab, welche Kosten letztendlich entstehen, nachdem der Geschäftsführer und die Intendanten einzelne Sanierungskonzepte diesbezüglich diskutiert haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand werde am 17.02.2014 in Magdeburg mit dem Kultusminister ein Gespräch zur Machbarkeit der Konzepte führen. Ebenfalls sei angedacht, in einer davor einberufenen Sondersitzung des Stadtrates diese Themen ausführlich zu besprechen.

Zum Haushalt werde er sich dafür einsetzen, ihn so optimal wie möglich darzustellen und die gesetzliche schwarze Null zu behalten.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012 Vorlage: V/2013/11968

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat die vom Mitwirkungsrecht betroffenen Mitglieder des Stadtrates den Raum zu verlassen. Die Leitung der Sitzung erhielt die 2. Stellvertretende Vorsitzende, Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, bezog sich auf den vorliegenden Bericht des Verwaltungsrates und die Jahresabschlüsse der Sparkasse und erinnerte daran, dass er im Finanzausschuss vor zwei Monaten Fragen zu einzelnen Bilanzposten und deren Auseinandersetzung im Verwaltungsrat gestellt habe. Diese konnten in der damaligen Finanzausschusssitzung nicht beantwortet werden und die Entlastung des Verwaltungsrates wurde aus diesem Grund in die Januarsitzung verschoben. Auch in dieser Sitzung wurden die Fragen nicht beantwortet.

Herr Knöchel merkte an, dass es laut Gemeindeordnung die Verpflichtung für die Verwaltung gäbe, die entsprechende Beantwortung der Fragen herbeizuführen. Er werde zwar der Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder zustimmen, bestehe aber auf der Beantwortung seiner Anfragen.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass im Finanzausschuss am 21. Januar 2014 eine entsprechende Antwort des Oberbürgermeisters verteilt wurde.

Herr Knöchel verwies auf die dazu schon im Finanzausschuss geführte Diskussion, dass die Fragen nicht beantwortet worden sind. Er habe drei Bilanzposten und deren Befassung im Ausschuss hinterfragt.

Herr Bürgermeister Geier bat um die Möglichkeit eines Abgleiches zu den Fragestellungen im Protokoll der Finanzausschusssitzung. Im Nachgang werde er darüber informieren.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte dazu an, dass die Fragen von Herrn Knöchel im Finanzausschuss zum besseren Verständnis dienen sollten, um einen Beschluss zur Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder herbeizuführen.

Er fragte an, ob es richtig sei, dass nach der Dezembersitzung des Finanzausschusses die Einladung an den Vorstand so erfolgte, dass ihm offen gelassen wurde, ob er zur Januarsitzung erscheinen könnte oder auch nicht. Die Anwesenheit der Vorstandsmitglieder sei Grund der Vertagung der Vorlage gewesen und übliche Praxis, auch mit den Geschäftsführern der Beteiligungen, wenn es Fragen gäbe.

Herr Bürgermeister Geier antwortete darauf, dass Einladungen nicht so ausgesprochen werden, dass sie einer Beliebigkeit unterliegen.

Zum gleichen Thema stellte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, fest, dass es laut Protokoll der Finanzausschusssitzungen vom Dezember 2013 und Januar 2014 um gravierende Fragen von Herrn Knöchel gehe.

Ebenso habe Herr Bönisch, CDU-Fraktion, laut Protokoll im Finanzausschuss angefragt, wie sich der Verwaltungsrat dazu positioniere, dass die erweiterte Eigenkapitalquote weiter erhöht wird, obwohl die gesetzlich vorgeschriebene Höhe der Rücklagen bereits deutlich erreicht ist.

In der Finanzausschusssitzung am 21.01.2014 habe man sich dazu verständigt, der Vorlage unter dem Vorbehalt zuzustimmen, dass die Antworten in der heutigen Stadtratssitzung vorliegen würden.

Da die Auskünfte in der heutigen Sitzung nicht gegeben worden, stellte **Herr Dr. Meerheim** den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012.

**zu 6.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11881**

Laut der Ausführungen von Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, liege hier ein Konflikt zum Einzelhandelskonzept vor. Dort werde klar beschrieben, was zentrumsrelevante Waren sind und dazu gehöre unter anderem auch Bekleidung, was aber nicht nahversorgungsrelevant sei.

Da in dem vorliegenden Bebauungsplan von zwei Bekleidungsfachmärkten ausgegangen werde, fragte Herr Häder an, ob es noch sinnvoll wäre, an dem Einzelhandelskonzept festzuhalten, wenn ständig gegenteilige Planungen gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 6.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ -
Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11882**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156 „Zentrum Büschdorf“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 28.11.2013 als Satzung.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und den Investoren Zuverlässigkeit und Planungssicherheit dargestellt werden sollte.

Änderungen, die den ursprünglich festgesetzten Zielen der Planungen widersprechen, seien nicht zuverlässig und nachteilig für die Stadt. Dies werde mit dem vorliegenden Beschluss zur Erweiterung der Justizvollzugsanstalt deutlich gemacht.

Der Flächennutzungsplan beinhalte die Haftanstalt seit Jahren in ihren Grenzen. Durch den Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gleichstellung, Herrn Wunsch, und auch durch den Direktor der Justizvollzugsanstalt Halle, Herrn Stach, wurde mehrfach dargestellt und erläutert, dass die Erweiterung der Anstalt in den angestammten Grenzen erfolgt.

Damit sei keinerlei Grenzerweiterung für die Justizvollzugsanstalt erforderlich und **Herr Sommer** fragte an, weshalb der Flächennutzungsplan geändert werden müsse, da er die Justizvollzugsanstalt in den Grenzen beinhalte.

Herr Sommer führte weiterhin aus, dass gleiches auf den Bebauungsplan zutrefe. Hier werde deutlich, dass man nicht innerhalb der Grenzen plane, sondern eine Erweiterung nach Norden und Westen vornehmen wolle und damit eine Beschneidung der Flächen einer Kleingartenanlage und eines Kinderheimes beschnitten werden sollen.

Ebenfalls machte er darauf aufmerksam, dass die Flächen des Landes, die im Bebauungsplan erkennbar sind, dreimal so groß seien, wie die jetzige Vollzugsanstalt.

Abschließend stellte er fest, dass es aus seiner Sicht keinen Grund gäbe, den Flächennutzungsplan zu ändern.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte kurz dazu mit, dass man sich bewusst dafür entschieden habe, erst dann mit der planerischen Tätigkeit zu beginnen, wenn das Land in einer Bürgerinformationsveranstaltung seine Pläne vorgestellt habe. Diese Veranstaltung fand statt und die Verwaltung ist jetzt aufgefordert, den Flächennutzungsplan zu überprüfen.

Er führte weiter dazu aus, dass im Planungsausschuss bereits erläutert wurde, weshalb die Flächen im Bereich der Justizvollzugsanstalt für den Flächennutzungsplan, bezogen auf den Bebauungsplan, so gefasst werden sollen.

Es gehe nicht darum, dass sich in dem Grenzverlauf nur die Funktion Justizvollzugsanstalt wiederfindet. Daher sei der Geltungsbereich des B-Planes nicht gleichzusetzen mit dem Projekt und es entspreche auch nicht den Vorstellungen durch das Land.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 24 „Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“.
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt das in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannte Planungsziel.

**zu 6.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt
Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12368**

**zu 6.10.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt
Gesundbrunnen (V/2013/12228)
Vorlage: V/2014/12410**

Herr Felke, SPD-Fraktion, warb für den Änderungsantrag seiner Fraktion und machte darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag um zwei Punkte ergänzt wurde.

Desweiteren wies er darauf hin, dass es das heutige Problem nicht gäbe, wenn ein Stadtratsbeschluss von 2005 umgesetzt worden wäre. Mit diesem wurde mehrheitlich die Beauftragung an die Verwaltung beschlossen, alle Erhaltungssatzungen auf Relevanz zu überprüfen, mit Terminsetzung November 2005.

Zurzeit gäbe es 58 Erhaltungssatzungen in der Stadt und ein Großteil der Satzungen fuße auf dem Investitionszulagengesetz, welches von 1999 bis 2004 entsprechende Investitionszulagen ermöglichte.

Herr Felke merkte an, dass seine Fraktion der Überzeugung sei, die Erhaltungssatzung heute nicht mit einem Beschluss aufzuheben. Man sollte in einem geordneten Verfahren, ähnlich wie bei einem B-Plan, verfahren.

Auch müsse noch geprüft werden, welche Konsequenzen bei einer Satzungsauflösung daraus erwachsen, wenn eine Zahlung der Investitionszulage erfolgt ist und sich daraus entsprechende Rückforderungen ergeben könnten.

Auch gehe seine Fraktion davon aus, dass der Beschluss von 2005 zur Überprüfung der Relevanz der Erhaltungssatzungen, die mit Bezug auf das Investitionsgesetz erlassen worden sind, noch besteht und erfüllt werden müsste.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass die von Herrn Felke angesprochenen Punkte in der Vorlage behandelt wurden.

Die tatsächliche Bebauung lasse die ursprüngliche Eigenart des Gebietes nicht mehr erkennen, da es die begrünten Vorgärten vorwiegend nicht mehr gäbe, ebenso wie die günstigen Fördermöglichkeiten und -konditionen.

Von daher gäbe es in den Darstellungen eine klare Abwägung, aus seiner Sicht sei die Vorlage entscheidungsreif. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Zustimmung zum Antrag der Verwaltung.

Zum gleichen Thema führte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass die Erhaltungssatzung dazu diene, die Gestalt des Gebietes in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

Aus diesem Grund könne er den Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister nicht zustimmen, da die Geschlossenheit der Bebauung im Wechsel mit Grünanlagen die Eigenart des Gebietes widerspiegelt.

Seine Fraktion könne den Intentionen der Verwaltung daher nicht folgen und er plädierte ausdrücklich dafür, die Erhaltungssatzung nicht aufzuheben.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies auf die intensiven Diskussionen zu dieser Erhaltungssatzung in den Ausschüssen und auch darauf, dass seine Fraktion einen Änderungsantrag erarbeitet habe, um der Verwaltung einen Weg zur Verbesserung der Satzung aufzuzeigen, um bestimmte ordnungsrechtliche und Nutzungsprobleme zu lösen.

Um einer Lösung nicht entgegenzustehen, werde seine Fraktion den Änderungsantrag zurückziehen und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion unterstützen.

Herr Dieringer, CDU-Fraktion, widersprach ebenfalls dem Argument des Herrn Oberbürgermeisters, dass das Gebiet in seiner ursprünglichen Charakteristik nicht mehr zu erkennen wäre und er verwies darauf, dass die überwiegende Zahl der Vorgärten begrünt sei.

In diesem Zusammenhang regte er an, ein Anwohnermerkblatt mit Hinweisen zu möglichen baulichen Veränderungen zu erstellen, denn auch nach einer Aufhebung der Satzung gäbe es gesetzliche Regelungen zu Baumaßnahmen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zeigte sich verwundert über das Agieren der Stadtverwaltung. Es werde den Bürgern suggeriert, dass mit der Aufhebung der Satzung alle Probleme gelöst seien.

Er erinnerte an seine Anfrage aus der letzten Ratssitzung zu Parkplätzen, wo klar herauskam, dass es bauliche Anforderungen dafür gäbe und ein Stellplatz mindestens fünf Meter tief sein müsse. Diese Verhältnisse seien in dem Gebiet nicht gegeben und auch bei einer Aufhebung der Satzung wäre ein großer Teil der Stellplätze nicht automatisch zulässig.

Bezüglich der Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion merkte **Herr Scholtyssek** an, dass er nicht verstehen könne, weshalb eine nochmalige Diskussion der Satzung mit den Bürgern aus personellen Gründen durch die Verwaltung nicht geleistet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass selbstverständlich eine Bürgerbeteiligung stattfinden wird.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, schloss sich der Kritik von Herrn Scholtyssek an. Die Probleme zwischen den unterschiedlichen privaten Interessen und auch den Interessen Einzelner und der Stadtverwaltung ließen sich nicht mit der Aufhebung der Satzung lösen. Ein Großteil der Einwohner habe sich an die Satzung gehalten und er verwies auf § 34 des Baugesetzbuches mit dem Gebot der Anpassung und Eingliederung an die Umgebung, was durch die Erhaltungssatzung nur noch verstärkt wurde.

Seine Fraktion schließe sich dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion voll inhaltlich an.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass mit der Vorlage der Verwaltung zur Aufhebung der Satzung den Bürgern Hoffnung gemacht werde. Jedoch sei die Stadt auch im Nachhinein verpflichtet, bei baulichen Maßnahmen Nachforderungen oder Änderungsforderungen vorzunehmen.

Die Offenlegung und offene Diskussion mit den Bürgern und eine Anpassung der Satzung schaffe Sicherheit für die Bürger, was mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion erreicht werden soll. **Herr Krause** schlug der Verwaltung vor, den Änderungsantrag seiner Fraktion zu übernehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem Vorschlag von Herrn Krause zu.

Die Darstellung, dass im baulichen Verfahren zu den einzelnen Stellplatzanlagen eine Einzelfallentscheidung nach Satzungsaufhebung erforderlich wird, sei ebenfalls richtig und soll entsprechend getroffen werden. Dies sei auch den Anwohnern bewusst, welche die Proteste eingelegt haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand kündigte an, dass bis zum Abschluss des Verfahrens keine weiteren Maßnahmen in diesem Gebiet durchgeführt werden. Daher werde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion von der Verwaltung übernommen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, sprach sich für die Aufhebung der Erhaltungssatzung aus. Aus Sicht seiner Fraktion sollten auch die anderen Erhaltungssatzungen der Stadt bezüglich ihrer Sinnhaftigkeit geprüft werden.

Bezüglich der Erhaltungssatzung machte er darauf aufmerksam, dass durch die Nichtumsetzung der Satzung sich das Viertel in den letzten 20 Jahren zu dem entwickelt habe, was es heute ist.

Herr Kley sprach sich für die schnellstmögliche Abschaffung aller Erhaltungssatzungen aus, damit die Stadt wieder Möglichkeiten habe, sich darauf zu konzentrieren, Bebauungspläne aufzustellen und Baulichkeiten zu genehmigen.

Herr Krause führte aus, dass Satzungen unter anderem auch den Grund hätten, den Charakter eines Stadtteils zu wahren. Die Forderung zur Aufhebung aller Erhaltungssatzungen könne er deshalb nicht nachvollziehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass eine einmalige Situation vorliege, welche mit den anderen Erhaltungssatzungen nicht zu vergleichen sei.

Herr Wolter stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 6.10.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen (V/2013/12228)
Vorlage: V/2014/12410**

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Der Text wird gestrichen und wie folgt ersetzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

die Erhaltungssatzung Nr. 55 aufgrund der aktuellen Situation den Nutzungsbedingungen und zugleich den städtebaulichen Bedingungen anzupassen. Dazu sind die Verfahrensschritte zur Erarbeitung entsprechend gesetzlicher Bestimmungen einzuhalten.

zu 6.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12368

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen durch Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird durch folgenden Text ersetzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorschlag zur Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen vom 28.01.2004 in einem Verfahren, analog zur Offenlage von Bebauungsplanentwürfen offenzulegen.
2. Über die im Rahmen dieser umfassenden Form der Bürgerbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen ist dem Rat ein Abwägungsbeschluss vorzulegen, in dessen Rahmen über die Aufhebung der Erhaltungssatzung entschieden wird.

zu 6.10 Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen
Vorlage: V/2013/12228

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorschlag zur Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 Gartenstadt Gesundbrunnen vom 28.01.2004 in einem Verfahren, analog zur Offenlage von Bebauungsplanentwürfen offenzulegen.
2. Über die im Rahmen dieser umfassenden Form der Bürgerbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen ist dem Rat ein Abwägungsbeschluss vorzulegen, in dessen Rahmen über die Aufhebung der Erhaltungssatzung entschieden wird.

zu 6.11 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014
Vorlage: V/2013/12148

zu 6.11.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014 (V/2013/12148)
Vorlage: V/2014/12453

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die in der Vorlage dargestellte Anmeldefrist für einige Fördermittel schon Ende des Monats ende und wegen dieser Kurzfristigkeit es nicht möglich war, die einzelnen Punkte inhaltlich zu diskutieren. In diesem Zusammenhang appellierte er an die Verwaltung, in den Folgejahren darauf zu achten, die Beschlussvorlagen zu diesem Thema frühzeitiger einzureichen, damit eine Diskussion darüber geführt werden könne.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, plädierte eindeutig dafür, den sogenannten Rodelberg in der Vorlage zu belassen. Sie begründete dies damit, dass es vor allem um Raumgestaltung und Wegebeziehungen gehe. Es handelt sich um eine Idee von Bürgern, welche von der Verwaltung aufgenommen wurde und eine Chance für den Stadtteil Silberhöhe sei, das Konzept der Waldstadt weiter zu entwickeln.

Herr Hildebrand, CDU-Fraktion, sprach sich gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus. In seiner Begründung dazu führte er an, dass der Anhalter Platz in seiner städtebaulichen Funktion für den Stadtteil eine zentrale Erholungsfunktion übernehmen soll.

Herr Kley, FDP-Fraktion, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion damit, dass es weitreichendere Vorschläge für die Städtebauförderung in diesem Wohngebiet gäbe, als ein Rodelhügel. Seine Fraktion sei nach wie vor der Meinung, dass auf ein solches Projekt verzichtet werden könne und andere Möglichkeiten der Umfeldgestaltung und Arbeitsplatzbeschaffung zu suchen sind.

Außerdem sei im Planungsausschuss eindeutig erklärt worden, dass die finanziellen Mittel für den Rodelhügel nicht im Haushalt eingestellt sind. **Herr Kley** fragte an, welche Förderbedingungen es beim Land gäbe, um einen Fördermittelantrag zu stellen, der vielleicht erst im Nachtragshaushalt finanziert werden kann.

Er bat Herrn Bürgermeister Geier um eine Erklärung, wie das Landesverwaltungsamt ungedeckte Fördermittelanträge genehmigen wird.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte deutlich, dass es bei der Städtebauförderung in der Regel eine Bewilligung für die Programme im Herbst des jeweiligen Programmjahres gäbe. Hierbei gehe es um Anpassungen der Mittelfristplanung, die im Zuge des nächsten Haushaltsplanentwurfes bzw. der Aufstellung des nächsten Haushaltsplanes in den Finanzplan einzuarbeiten sind.

Auch wisse man noch nicht, ob man mit der Silberhöhe schon im Programm 2014 eine Berücksichtigung bekomme. Sollte die Bewilligung kommen, sei es zu einem Zeitpunkt, wo man gemeinsam in den nächsten Haushaltsberatungen wäre und bei einer Beschlussfassung die entsprechende Aufnahme ermöglichen könnte.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass es in erster Linie um Aufforstung gehe, um Wege anzulegen, um den Rückbau von Betonplattenresten zu veranlassen und erst danach soll mit den restlichen Mitteln ein Rodelberg finanziert werden.

Auch **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach sich für das Vorhaben aus und merkte an, dass es um eine Freizeitgestaltungsfläche für Kinder und Jugendliche gehe und der Berg für viele Bewegungsaktivitäten und zu jeder Jahreszeit genutzt werden könne.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte deutlich, dass man noch einmal über die Bezeichnung des Projektes nachdenken sollte, um eine gewisse Nachhaltigkeit aufzuzeigen. Seiner Meinung nach gäbe es auch andere Möglichkeiten, das Geld effektiver einzusetzen, um den Erlebnisfaktor am Anhalter Platz zu erhöhen.

**zu 6.11.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014 (V/2013/12148)
Vorlage: V/2014/12453**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

In den Anlagen 1, 1b und 3 wird die Herrichtung eines Rodelhügels gestrichen.

**zu 6.11 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014
Vorlage: V/2013/12148**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die Maßnahmen gem. Anlage 1 und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmen für das Programmjahr 2014 beim Landesverwaltungsamt zu beantragen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Einsatz sanierungsbedingter Einnahmen zur Finanzierung der in Anlage 2 aufgeführten Maßnahmen.
3. Der Stadtrat nimmt die in der Anlage 3 aufgeführten Maßnahmen der Städtebauförderung zur Kenntnis.

**zu 6.12 Baubeschluss zur Teilsanierung der Grundschule Frohe Zukunft Standort Dessauer Str. 152
Vorlage: V/2013/11962**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung von Teilsanierungsmaßnahmen der Grundschule Frohe Zukunft am Standort Dessauer Str. 152.
~~Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellung der Mittel bei der Nachtragshaushaltsplanung 2013 vorzunehmen.~~

zu 6.13 **Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19**
Vorlage: V/2013/11910

zu 6.13.1 **Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und SPD zur Beschlussvorlage V/2013/11910 - Schulentwicklungsplan für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19**
Vorlage: V/2014/12379

zu 6.13.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (V/2013/11910)**
Vorlage: V/2014/12407

zu 6.13.3 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19"**
Vorlage: V/2014/12440

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, schlug vor, eine Diskussion auch über die drei vorliegenden Änderungsanträge zu führen und danach über die einzelnen Punkte der Änderungsanträge abzustimmen.
Desweiteren bat er die Verwaltung um eine Darstellung, welche Fördermittel es für die Sanierung von Schulen geben wird.

Herr Schachtschneider plädierte dafür, dem Änderungsantrag 6.13.1 zuzustimmen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, bezog sich in seinen Ausführungen ebenfalls auf den Änderungsantrag 6.13.1 und regte an, schon im Vorfeld der Erstellung einer Schulentwicklungsplanung mit den Vertretern der Schulen, den Eltern und den Schülervertretungen in Verbindung zu treten, um über die Zukunft und die Sanierung der Schulen bzw. über Schulstandorte zu diskutieren.

In Bezug auf die Gymnasien gab **Herr Lange** den Hinweis, offensiv die Kapazitäten der Kooperativen Gesamtschulen (KGS) zu nutzen, da die Gymnasialausbildung an den Gesamtschulen mit der Ausbildung an den Gymnasien gleichgestellt sei.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion machte **Herr Lange** den Vorschlag, im Punkt 2.5 nicht nur die Prüfung eines dritten Zuges für das Gymnasium festzuschreiben, sondern die Worte *zu prüfen* durch *anzustreben* zu ersetzen.

Ebenfalls bat er die Stadtverwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass mehr Schülerinnen und Schüler in den Gymnasialzweig der KGS aufgenommen werden, um die Gymnasialfrage insgesamt in der Stadt zu entlasten.

Weitere Ausführungen machte **Herr Lange** zum Förderschulzentrum in Halle-Neustadt und stimmte der Verwaltung dahingehend zu, die Anregungen aus dem Stadtrat aufgenommen und den Neustädter Schuldialog entsprechend installiert zu haben.

Abschließend bat **Herr Lange** die Verwaltung um eine frühzeitige Einbindung der Stadträte in der Fördermittelfrage, damit eventuelle Probleme frühzeitig erkannt werden.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen die Probleme in den Stadtgebieten nicht löse, sondern nur verschiebe. Trotzdem werde ihre Fraktion zustimmen.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung mit Verweis auf das STARK III-Programm machte sie auf den Stadtratsbeschluss vom 21.11.2012 zur Vorbereitung des Antragsverfahrens für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III, Phase 2 aufmerksam.

Dort habe man bereits zehn Objekte beschlossen und von diesen zehn Objekten befinde sich nur die Glauchaschule in der Aufstellung, welche durch eine Beschlussfassung des Schulentwicklungsplanes verhindert würden.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Standort Glaucha nicht noch einmal aufzuweichen, um ihn eventuell zu einem Gymnasium zu machen, werde von ihrer Fraktion ausdrücklich unterstützt. Seit Jahren werde über eine Grundschule in Glaucha diskutiert und wurde immer wieder verzögert.

Bezogen auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion führte **Frau Raab** aus, dass nach ihren Informationen es in der Kooperativen Gesamtschule nicht gewünscht sei, eine weitere Sekundarschulklasse, sondern eine weitere Gymnasialklasse zu bilden, was den aktuellen Problemen helfen würde.

Ihre Fraktion werde allen drei Änderungsanträgen zustimmen.

Zum gleichen Thema merkte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, dass auch ihre Fraktion dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und SPD folgen werde.

Ebenso plädierte sie für den Antrag ihrer Fraktion, eine neue Grundschule am Standort Glaucha zu eröffnen.

Herr Felke, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf den Änderungsantrag seiner Fraktion zum Punkt 2.5 und machte deutlich, dass die Schule in die Lage versetzt werden müsse, ihr Schulkonzept umzusetzen. Dazu gehören auch der Mädchenchor und das Jugendblasorchester. Ebenfalls sollte mit entsprechender Werbung von Seiten der Stadt geholfen werden, den Gymnasialteil der Schule weiter auszubauen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, merkte dazu an, dass man sich in der Planungsphase befinde und die Schulen entsprechend vorbereitet werden sollen, STARK III-Anträge zu stellen. In diesem Zusammenhang bat er auch um die Unterstützung des Stadtrates bei der Verbesserung der Schullandschaft.

In Bezug auf die Schulnetzplanung machte **Herr Beigeordneter Kogge** deutlich, dass diese sich in einem Prozess befindet und die Vorlage der Stadt eine ganze Reihe von Prüfaufträgen beinhalte. Die Schulnetzplanung erfolge über fünf Jahre und man könne nicht sagen, welche Veränderungen es geben wird und ob die Bildungssysteme in den nächsten fünf Jahren gleich bleiben.

Die Verwaltung versuche, mit demografischen und allen anderen zu berücksichtigenden Punkten eine möglichst gute mittelfristige Schulnetzplanung hinzubekommen und alle Bildungsgänge mit aufzunehmen. Die Klärung des Standortes spiele dabei eine wesentliche Rolle. Ursprünglicher Wunsch der Verwaltung für einen neuen Standort war die Dreyhauptschule, um für die Stadtmitte eine Chance zu finden, die auch genehmigungsfähig wäre.

Auf die Frage der SPD-Fraktion, ob im Rahmen der KGS für den Sekundarschulanteil ein fünfter Klassenzug aufgenommen werden müsse oder nicht, verwies **Herr Beigeordneter Kogge** auf die Antwort der Verwaltung. Darin wurden die Anmeldezahlen bei der KGS im Sekundarschul- und Gymnasialbereich dargestellt, mit dem Ergebnis, dass die Anzahl der Anmeldungen im Gymnasialbereich zu klein sei. In diesem Zusammenhang erklärte er, dass die Stadt gemeinsam mit dem Land für den Gymnasialbereich werben müsse.

Zum ersten Mal habe man eine Schulnetzplanung mit über 22 Anhörungen genehmigungsfähig erhalten und man werde in den nächsten Jahren gemeinschaftlich an der Umsetzung arbeiten.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass man bezüglich des Gymnasiums abwarten müsse, wie die Eltern entscheiden und nicht jetzt schon mit einer Reglementierung beginne.

Da Schüler aus dem Saalekreis an den Gymnasien, an den Gesamtschulen und auch an einer Grundschule der Stadt beschult werden, halte er es auch für wichtig, mit dem Saalekreis, wie im Berufsschulbereich schon erfolgt, eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen. Er kenne Signale aus dem Saalekreis, dass man durchaus zu einem Überdenken der Beschlüsse und zum Abschluss einer Vereinbarung bereit wäre.

Herr Lange stimmte den Ausführungen von Herrn Schachtschneider zu. Die Stadträte sollten ein klares Signal für die Kooperation mit dem Saalekreis auf Augenhöhe setzen und dafür Sorge tragen, damit die Schüler von beiden Seiten die besten Möglichkeiten haben, beschult zu werden und nicht zu lange Schulwege zurücklegen müssen.

Zu den Anmerkungen von Frau Dr. Brock zum Standort der Grundschule Glaucha merkte **Herr Lange** an, dass eine gewisse Offenheit in der Schulnetzplanung bleiben müsse, um alle Möglichkeiten in Betracht ziehen zu können. Bis März 2014 sollen weitere Schulstandorte geprüft werden.

Auch wurde von der Verwaltung signalisiert, dass noch keine Richtlinie vorläge, um entsprechende Mittel über STARK III beantragen zu können.

Frau Dr. Brock bat darum, heute einen Beschluss zu fassen, da es im März auch keine anderen Erkenntnisse zu diesem Thema gäbe.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass von Herrn Lange ein Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 2.5 des Änderungsantrages 6.13.3 vorliege, die Worte „...zu prüfen“ durch „anzustreben“ zu ersetzen.

Auf Nachfrage bestätigte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, dass die von Herrn Lange vorgeschlagene Änderung in den Änderungsantrag seiner Fraktion aufgenommen werde.

Herr Bartl verlas den so geänderten Beschlusspunkt des Änderungsantrages:
„Für das Schuljahr 2015/2016 ist eine Erhöhung der Aufnahmekapazität des Gymnasiums der KGS Wilhelm von Humboldt auf drei Klassen anzustreben.“

**zu 6.13.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage
"Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die
Schuljahre 2014/15 bis 2018/19"
Vorlage: V/2014/12440**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

2. **Punkt 2.8** wird gestrichen und durch 2.9 ersetzt
Begründung: Es bedarf keiner Vorzugsvariante. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante wurde stark kritisiert. Besonders mit Blick auf den Schulhof und die Turnhalle bestehen erhebliche Zweifel, ob der Schulkomplex Dreyhauptstr./Oleariusstr./Gutjahrstr. für eine weiterführende Schule geeignet ist.

3. **Punkt 2.14** wird gestrichen und wie folgt ersetzt:
Prüfung der Schaffung eines Förderschulzentrums in Halle-Neustadt. Im Vorfeld wird die Stadtverwaltung die VertreterInnen der betroffenen Schulen im Prüfprozess einbeziehen und deren Hinweise besonders berücksichtigen.

4. **Punkt 2.18** wird gestrichen

Alternativ dazu: Streichung des Satzteils hinter dem Wort „Comenius“.

Begründung: Förderschulen für Sprachentwicklung sind Durchgangsschulen.

5. **Punkt 2.19** wird gestrichen

6. **Punkt 4 (neu):** Der Stadtrat macht deutlich, dass SchülerInnen anderer Landkreise an den Schulen der Stadt Halle willkommen sind. Das gilt insbesondere für die Schulen mit Ausgleichsklassen und die Schulen zur Förderung der Sprachentwicklung. Der Stadtrat bekundet sein hohes Interesse daran, dass die Schülerinnen aus Angersdorf und Zscherben weiterhin am Christian-Wolff-Gymnasium beschult werden. Schulen, wie z.B. die Gesamtschulen sollen auch von den SchülerInnen des Saalekreises genutzt werden können, wenn die notwendigen Kapazitäten vorhanden sind. Zudem ist es für den Stadtrat vorstellbar, dass insbesondere die Schulen in Stadtrandlagen durch den Saalekreis mit genutzt werden. ~~Er beauftragt die Stadtverwaltung mit dem Saalekreis in diesem Sinne Verhandlungen aufzunehmen. Ziel sollte es sein den SchülerInnen die gewünschte Beschulung mit den geringsten Schulwegen zu ermöglichen.~~

Die Planung ist mit den benachbarten Trägern regelmäßig so abzustimmen, dass trägerübergreifend die Belange der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden, wirtschaftlich sinnvolle Lösungen bei der Schülerbeförderung sowie beim Betrieb von Schulstandorten geschaffen werden. Hierzu sollten entsprechende Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden.

zu 6.13 **Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19**
Vorlage: V/2013/11910

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss den Schulentwicklungsplan (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014//15 bis 2018/19 (Anlage 1) fest.

2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes und des darin ausgewiesenen Bedarfes an Beschulungskapazitäten in den einzelnen Schulformen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
- 2.1 ~~Für Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt, Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen der Stadt Halle (Saale) wird das Gebiet der Stadt Halle (Saale) als Schuleinzugsbereich für die Bildungsgänge Gymnasium, Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und Förderschule festgelegt.~~
- 2.2 Die Aufnahmekapazität in die Klassenstufe 5 der Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ wird ab Schuljahr 2014/15 auf **3 Klassen** festgelegt.
- 2.3 Die Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ ist weiterführende Schule für Schülerinnen und Schüler, die in den Schulbezirken der Grundschule Kastanienallee, der Grundschule „Rosa Luxemburg“ und der Grundschule am Kirchteich wohnen und ermöglicht Hauptschul- bzw. Realschulabschlüsse vergleichbar zu denen einer Sekundarschule.
- 2.4 Im Gebiet der genannten Schulbezirke (ehemaliger Schulbezirk der Sekundarschule Kastanienallee) wird, aufwachsend ab Klassenstufe 5, keine weitere Sekundarschule vorgehalten.
- Schülerinnen und Schüler die in diesem Gebiet wohnen, können, beim Wechsel an die weiterführenden Schulen der Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ zugeordnet werden. Andernfalls erfolgt die Aufnahme in die nahegelegene Sekundarschule „Heinrich Heine“.
- 2.5 Erhöhung der Aufnahmekapazität der Klassenstufe 5 des Sekundarschulanteiles der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ auf 5 Klassen im Schuljahr 2014/15. **Für das Schuljahr 2015/16 ist eine Erhöhung der Aufnahmekapazität des Gymnasialanteiles der KGS „Wilhelm von Humboldt“ auf 3 Klassen zu prüfen anzustreben.**
- 2.6 **Prüfung des mittel- und langfristigen Bedarfes einer weiteren Gesamtschule. Das Prüfergebnis ist in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für das Schuljahr 2015/16 aufzunehmen.**
- 2.7 Festlegung der Aufnahmekapazität der Klassenstufe 5 für das Schuljahr 2014/15 auf eine Fünzfügigkeit für das Gymnasium Südstadt und das Christian-Wolff-Gymnasium.
- 2.8 ~~Schaffung der Bedingungen zur Eröffnung **einer neuen weiterführenden Schule** am Standort des Schulkomplexes Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/ Oleariusstraße, die die Eröffnung eines kommunal geführten **weiterführenden Schule** zum Schuljahr 2018/19 ermöglichen. **In der jährlichen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist die konkrete Schulform der weiterführenden Schule zu entscheiden.**~~

Im Zusammenhang damit sind die Bedingungen zu schaffen, dass der BbS III „J. C. v. Dreyhaupt“, als einer der derzeitigen Nutzer in diesem Schulkomplex, bis zum Schuljahr 2016/17 der Standort Carl-Schorlemmer-Ring zur zweckentsprechenden Nutzung zur Verfügung gestellt wird.

Für den Schulteil der BbS „Gutjahr“, als weiterer Nutzer in diesem Schulkomplex, sind die Bedingungen zu schaffen, dass zum Schuljahr 2016/17 die Einbindung dieses Schulteiles am Standort An der Schwimmhalle 3 erfolgen kann.

2.9 2.8. Es sind durch die Verwaltung alternative Standortmöglichkeiten für einen Standort einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe zu prüfen. Die Prüfergebnisse sind in der Fortschreibung zum Schulentwicklungsplan für das Schuljahr 2015/16 darzustellen und die Planungsziele ggf. zu korrigieren.

2.10 Schaffung der Bedingungen zur gemeinsamen Nutzung des Standortes Theodor-Neubauer-Str. 14 durch die Grundschule Auenschule und die Förderschule für Geistigbehinderte „Astrid Lindgren“.

Sollte die Realisierbarkeit des Planungsziels eine gemeinsamen Nutzung am Standort Theodor-Neubauer-Straße nicht möglich sein, ist für die Förderschule eine Alternativlösung zu prüfen (Sanierung/Teilsanierung des jetzigen Standortes oder Umzug in einen sanierten/teilsanierten anderen, noch zu prüfenden, Schulstandort, der den Erfordernissen dieser Förderschule Rechnung trägt).

2.11 Vorbehaltlich der Umsetzung des Beschlusspunktes 2.10 (Schaffung von Bedingungen durch Sanierung/Neubau des Standortes Theodor- Neubauer-Str. 14) erfolgt nach Abschluss der Baumaßnahmen mit Beginn des Folgeschuljahres eine Schulbezirksveränderung der Grundschule Auenschule und der Grundschule Südstadt und die Standortverlagerung der Förderschule an diesen Standort.

2.12 Schulbezirksveränderung der Grundschule LILIEN-Schule und der Grundschule „Rosa Luxemburg“ ab Schuljahr 2014/15.

2.13 Für Grundschulstandorte, die im Planungszeitraum des Schulentwicklungsplanes durch Unterschreiten der Mindestschülerzahlen im Bestand gefährdet werden, sind im Rahmen der Fortschreibungen des Schulentwicklungsplanes, vor Eintritt der Unterschreitung, zeitnah Schulbezirksveränderungen durchzuführen, mit denen die Bestandsfähigkeit hergestellt werden kann.

~~2.14 Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung eines Förderschulzentrums am Standort Wolfgang-Borchert-Straße 40/42 bis zum Schuljahr 2017/18 an dem die bisherige Beschulung der Förderschulen für Lernbehinderte Fröbel und Makarenko sowie der Förderschule für Sprachentwicklung „Albert Liebmann“ konzentriert werden.~~

~~In Verbindung damit sind bis zum Schuljahr 2016/17 die Bedingungen zur Fusion der Grundschule „Wolfgang Borchert“ mit der Grundschule am Zollrain am Standort Harzgeroder Straße 63 zu schaffen.~~

Prüfung der Schaffung eines Förderschulzentrums in Halle-Neustadt. Im Vorfeld wird die Stadtverwaltung die VertreterInnen der betroffenen Schulen im Prüfprozess einbeziehen und deren Hinweise besonders berücksichtigen.

2.15 Schaffung von Voraussetzungen zur Sicherung des Unterrichtsbedarfes der Grundschule „Gotthold Ephraim Lessing“ durch Auslagerung des Hortes aus dem Schulgebäude (Ersatzneubau auf dem Schulgelände) bis zum Schuljahr 2015/16.

- 2.16 Prüfung von Möglichkeiten der Auslagerung des Hortes der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ aus dem Schulgebäude zur Sicherung des Unterrichtsbedarfes der Grundschule bzw. eines gemeinsamen neuen Standortes für Grundschule und Hort im Schulbezirk.
- 2.17 Schaffung der Bedingungen zur Eröffnung der Grundschule Glaucha am Standort Heinrich-Pera-Str. 13 zum Schuljahr 2015/16 und der damit verbundenen Schulbezirksveränderungen der Grundschulen „August Hermann Francke“, „Am Ludwigsfeld“ und Johannesschule, zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Vorlage-Nr. V/2011/09930 vom 14.12.2011.

In Verbindung mit anderen bedarfssichernden Maßnahmen ist durch die Verwaltung bis zum Beginn des Schuljahres 2014/15 zu prüfen, ob Alternativlösungen für den Standort einer Grundschule in diesem Bereich existieren und ggf. das Gebäude Heinrich-Pera-Straße für eine andere Schulform nutzbar wäre.

- ~~2.18 Umsetzung der Sprachheilschule Halle vom Standort Ingolstädter Str. 33 an den Standort Freimfelder Str.88 und gemeinsame Nutzung des Schulobjektes mit der Förderschule für Lernbehinderte Comenius und Prüfung einer Zusammenlegung der beiden Förderschulen zu einer Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprachentwicklung unter Berücksichtigung der Schülerzahlentwicklung.~~
- ~~2.19 Prüfung einer Zusammenlegung der beiden Förderschulen mit Ausgleichsklassen „Janusz Korczak“ und „Christian Gotthilf Salzmann“ am Standort Ernst-Hermann-Meyer-Str.60 unter Berücksichtigung der Schülerzahlentwicklung in diesem Förderschwerpunkt.~~
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des im Schulentwicklungsplan festgestellten Bedarfes an Schulanlagen und -gebäuden im Rahmen der pflichtigen Schulträgeraufgaben entsprechende zeitlich und finanziell untersetzte Beschlussvorlagen zur Sicherung des erforderlichen Umfangs an ordnungsgemäßen Schulanlagen und -gebäuden vorzulegen.
4. **Der Stadtrat macht deutlich, dass SchülerInnen anderer Landkreise an den Schulen der Stadt Halle willkommen sind. Das gilt insbesondere für die Schulen mit Ausgleichsklassen und die Schulen zur Förderung der Sprachentwicklung. Der Stadtrat bekundet sein hohes Interesse daran, dass die Schülerinnen aus Angersdorf und Zscherben weiterhin am Christian-Wolff-Gymnasium beschult werden. Schulen, wie z.B. die Gesamtschulen sollen auch von den SchülerInnen des Saalekreises genutzt werden können, wenn die notwendigen Kapazitäten vorhanden sind. Zudem ist es für den Stadtrat vorstellbar, dass insbesondere die Schulen in Stadtrandlagen durch den Saalekreis mit genutzt werden. Er beauftragt die Stadtverwaltung mit dem Saalekreis in diesem Sinne Verhandlungen aufzunehmen. Ziel sollte es sein den SchülerInnen die gewünschte Beschulung mit den geringsten Schulwegen zu ermöglichen. Die Planung ist mit den benachbarten Trägern regelmäßig so abzustimmen, dass trägerübergreifend die Belange der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden, wirtschaftlich sinnvolle Lösungen bei der Schülerbeförderung sowie beim Betrieb von Schulstandorten geschaffen**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung des „Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“
2. Die Eigenbetriebsleitung und die Mitglieder des Eigenbetriebsausschusses werden mit Wirkung zum ~~01.01.2015~~ 31.12.2014 abberufen.

zu 6.16 Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser
Vorlage: V/2013/11991

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Änderung des Konzessionsvertrages über die öffentliche Versorgung mit Wasser wird zugestimmt.

zu 6.17 Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung
Vorlage: V/2013/11980

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Zweiten Änderung des Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung wird zugestimmt.

zu 6.18 Standort der Eissporthalle
Vorlage: V/2013/12362

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, machte darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage noch nicht in den Fachausschüssen behandelt wurde und verwies die Vorlage in den Sportausschuss und in den Planungsausschuss.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bedauerte, dass im Planungsausschuss offensichtlich ein Verbot des Oberbürgermeisters herrschte, die Planungen für die Eissporthalle vorzustellen. Er gehe

davon aus, dass im nächsten Planungsausschuss die offenen Fragen beantwortet werden, um einen Standort zu ermitteln, der beim Land genehmigungsfähig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies die Ausführungen von Herrn Kley zurück und verwies darauf, dass im Sportausschuss und in den anderen Ausschüssen erläutert wurde, die Vorlage erst einmal in den Stadtrat einzubringen und dann zu verweisen. Zum angeführten Zeitpunkt lag die Vorlage noch nicht vor.

Bezogen auf den Standort müssen die Analysen sorgfältig sein. Da eine Beschleunigung notwendig ist, halte er das Verfahren mit Verweisung und danach folgender Entscheidungsfindung für richtig.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass auch seine Fraktion sich bemühen werde, eine langfristig tragbare und sichere Lösung für den Eissport in Halle zu finden. Die Entscheidung müsse sorgfältig getroffen werden und es sei wichtig, eine entsprechende Diskussion in den Ausschüssen zu führen.

Aus Sicht seiner Fraktion sei die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage noch nicht beschlussreif, da maßgebliche Ergänzungen für eine Entscheidung fehlen. Dazu führte er aus, dass es noch Unsicherheiten zum alten Standort gäbe. Zum Beispiel werde in der Tabelle auf Klärungsbedarf zum Flächenangebot am alten Standort hingewiesen. Auch die Frage der Bauausführung im Hinblick auf die zu erwartenden Grundwasserstände an diesem Standort sei noch zu klären und der Punkt zu Qualmwasser am neuen Deich müsse ebenfalls diskutiert werden.

Herr Wehrich führte weiterhin aus, dass die Aussagen zum Immissionsschutz für die infrage kommenden Alternativstandorte teilweise nicht begründet sind.

Er machte abschließend deutlich, dass der erfolgte Variantenvergleich nicht nachvollziehbar und in dieser Form nicht ausreichend sei und entsprechende Ergänzungen für die Ausschussberatungen vorgelegt werden müssen.

Um noch über die finanziellen Aspekte zu beraten verwies **Herr Wehrich** im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Finanzausschuss,

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat Herrn Oberbürgermeister um die Zusicherung, dass es innerhalb der Verwaltung möglich sei, kurzfristig einen qualifizierten Antrag fertigzustellen, um eine Beschlussfassung im Februar 2014 vornehmen zu können.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Wolter machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass die Darstellung im Antrag qualifiziert sei. Er verwies darauf, dass die noch offenen Fragen der Verwaltung übergeben werden müssen, damit die Antworten in den Ausschüssen vorgelegt werden können.

Auch halte er es dringend für erforderlich, im Februar 2014 einen Beschluss im Stadtrat zu fassen, um dem Land einen Standort zu signalisieren. Dies sei entscheidend für das weitere Verfahren im Hinblick auf die Fördermittel.

Herr Wolter brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass zum Beispiel in der Beigeordnetenkonferenz bisher noch nicht über das Thema gesprochen wurde und innerhalb der Verwaltung keine Absprachen dazu stattgefunden hätten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass in der Beigeordnetenkonferenz Angelegenheiten mit Abstimmungsbedarf besprochen werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, mahnte ebenfalls eine zügige Behandlung des Themas an.

In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung um eine gründliche Vorbereitung für die Ausschusssitzungen und gab den Hinweis, auch über eine eventuelle Sanierung des alten Standortes auskunftsfähig zu sein, wenn sich erweisen sollte, dass die ermittelte Schadenshöhe nicht ausreicht, um einen ansprechenden Neubau zu errichten.

Dazu erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die alte Eissporthalle einen wirtschaftlichen Totalschaden habe und keine Sanierung möglich wäre. Dies könne mit dem qualifizierten Gutachten entsprechend belegt werden. Aus diesem Grund sei kein Plan für eine Sanierung notwendig.

Herr Krause, SPD-Fraktion fragte nach, an wen der Auftrag zur Erstellung des Gutachtens gegangen sei und was die Stadt dafür bezahle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine umfassende Information dazu im Ausschuss zu.

Auf die Anfrage von **Herrn Bönisch** zum Abschluss des Gutachtens, teilte er mit, dass in den nächsten zwei bis drei Wochen das Gutachten vorliegen wird und in die Ausschüsse gegeben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE

in den

Sportausschuss

und in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in den

Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt als Standort der neuen Eissporthalle den bisherigen alten Standort am Gimritzer Damm 1 in 06120 Halle (Saale). Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der notwendigen Projektplanung und Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 30.06.2014. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zu berücksichtigen.

**zu 6.19 Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH
Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014
Vorlage: V/2014/12414**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begründete die Einbringung der Vorlage damit, dass innerhalb der TOO die Mittel vorhanden sind. Dahingehend wurde der Wirtschaftsplan geändert.

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass seine Fraktion dem Wirtschaftsplan zustimmen werde, damit die Arbeit in der TOO fortgesetzt werden könne. Er zeigte sich jedoch erstaunt darüber, dass der mehrere Millionen umfassende Wirtschaftsplan so kurzfristig den Stadträten vorgelegt wurde. Da die Entscheidung im Aufsichtsrat schon 12 Tage her sei, hätte es die Möglichkeit gegeben, den Wirtschaftsplan im Vorfeld an die Fraktionen zu übergeben.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Kley** an, welche Beweggründe die Verwaltung habe, mit einem Dringlichkeitsantrag den Stadtrat in seiner Möglichkeit zu beschränken, derartige Planungen nachzuvollziehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte dazu mit, dass die Vorlage nicht früher fertiggestellt war. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Vertagung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, merkte an, dass die Stadträte nicht in der Lage waren, die 21 Seiten umfassende Vorlage in der Kürze der Zeit zu lesen, um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können.

Mit Verweis auf den TOP

8.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12455

erklärte er, dass bei Zustimmung dieses Antrages die Vorlage zum Wirtschaftsplan der TOO in der Sondersitzung behandelt werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass er davon ausgegangen sei, dass die Vertreter der Fraktionen im Aufsichtsrat die entsprechenden Informationen weitergeben würden. Jedoch könne er auch einer Vertagung zustimmen.

Dem Vorschlag von Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, die Tagesordnungspunkte 8.25 und 8.25.1 vorzuziehen wurde zugestimmt.

zu 8.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12455

zu 8.25.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates (Vorlagen-Nr.: V/2014/12455)
Vorlage: V/2014/12457

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies darauf, dass der Antrag nicht mit Bezug auf den Wirtschaftsplan der TOO gestellt wurde, aber damit jetzt eine intensivere Diskussion zum überarbeiteten Wirtschaftsplan der TOO möglich sei.

Der Antrag seiner Fraktion habe zum Ziel, gemeinsam einen Beschluss für die Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates zu fassen. In dieser soll dem Oberbürgermeister ein Mandat für die nächste Gesprächsrunde mit dem Kultusminister gegeben werden. Es sind Verabredungen zu treffen, welche Eckdaten die zukünftigen Theaterverträge beinhalten sollen.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, brachte als Mitglied des Kulturausschusses seine Verwunderung über die geringe Transparenz der Diskussion zum Thema TOO zum Ausdruck. Er führte dazu aus, dass in den Kulturausschusssitzungen die Beigeordnete für Kultur und Sport zum Stand der Verhandlungen zur TOO nicht aussagefähig war und auf den Oberbürgermeister verwiesen habe.

Bezugnehmend auf die kritischen Anmerkungen von Herrn Dr. Wend wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass der gesamte Schriftverkehr und die Vorlagen zur TOO öffentlich seien. Ebenso genieße der Geschäftsführer der TOO sein volles Vertrauen. Dieser habe auch an den Kulturausschusssitzungen teilgenommen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstützte die Aussage von Herrn Dr. Wend, dass die Kulturbeigeordnete umfänglich in die Prozesse zur TOO mit einbezogen werden sollte.

Den Änderungsantrag ihrer Fraktion begründete sie damit, dass er bei Nichtzustandekommen der Sondersitzung einen Kompromiss darstellen sollte, den Genehmigungsvorbehalt des Stadtrates festzuschreiben und den Oberbürgermeister zu verpflichten, das Strukturkonzept vor einer Verhandlungsführung mit dem Land dem Stadtrat vorzulegen.

Nach Aussage von **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, unterstützt die CDU-Fraktion die Beteiligung des Stadtrates in dieser Form.

Als Vertreterin des Aufsichtsrates der TOO bat sie jedoch um die Einhaltung der Gremienfolge, wonach die Sondersitzung erst nach Verständigung des Aufsichtsrates durchzuführen wäre.

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass er den Sinn einer Sondersitzung des Stadtrates mit einem Genehmigungsvorbehalt für den Oberbürgermeister zur Verhandlungsführung mit dem Land nicht nachvollziehen könne.

Im Aufsichtsrat habe man durchgesetzt, dass das Ergebnis der Gespräche zwischen dem Oberbürgermeister, dem Geschäftsführer der TOO und den Intendanten kurzfristig zur Kenntnis gegeben wird. Dies sei in der Kürze der Zeit eine ausreichende Informationsquelle für alle, mit welchen Vorstellungen der Oberbürgermeister als Vertreter des Trägers in die Verhandlungen mit dem Land geht.

Eine Festschreibung des Ergebnisses durch den Stadtrat im Vorfeld ist nicht möglich und deshalb sei der Sinn einer Sondersitzung des Stadtrates nicht gegeben. Seines Erachtens könne eine Sondersitzung nur zu Informationszwecken dienen und nicht im Sinne eines Verhandlungsauftrages für den Oberbürgermeisters.

Aus den genannten Gründen werde seine Fraktion dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, gab Herrn Oberbürgermeister dahingehend Recht, dass durch die Veröffentlichung aller Dokumente zur TOO im Internet eine umfassende Information stattfand. Es habe aber bisher keine Legitimation durch den Stadtrat für öffentliche Bekanntmachungen bzw. Verhandlungen gegeben, was jetzt eingefordert werde.

Im Gegensatz zu Herrn Dr. Wöllenweber, vertrete er die Ansicht, dass es möglich sein könne, Herrn Oberbürgermeister ein Verhandlungsmandat über das gemeinsame Agieren mitzugeben.

In Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies **Herr Dr. Meerheim** darauf, dass dieser nicht notwendig sei, da die Zuständigkeit beim Stadtrat liege und diese Zuständigkeit mit dem Dringlichkeitsantrag vor dem Verhandlungstermin eingefordert werden soll. Aus diesem Grund bat er darum, dem Änderungsantrag nicht zu folgen und dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zuzustimmen.

Desweiteren bat **Herr Dr. Meerheim** die Verwaltung, bei der Terminsetzung für die Sondersitzung darauf zu achten, dass mindestens 50 % der Stadtratsmitglieder teilnehmen können.

Herr Dr. Wend stellte noch einmal klar, dass er bezüglich der Informationen im Kulturausschuss eine korrekte Darstellung abgegeben habe.

Herr Wolter plädierte für die Notwendigkeit, die Diskussionen nicht nur im Aufsichtsratsgremium zu führen, da es nicht um einzelne Kostenpunkte gehe, sondern um die Rahmensezung, welche auch im Gespräch mit dem Ministerium eine Rolle spielen sollte. Insofern beziehe sich der Antrag darauf, die Aufgabe des Gremiums und die Verantwortung der Stadträte zu trennen.

Den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte er für überflüssig, da die geforderte Verfahrensweise in der Hauptsatzung festgeschrieben sei und der Oberbürgermeister beim Erzielen eines Verhandlungsergebnisses dies vom Rat bestätigen lassen müsse.

Herr Wolter bat um die Unterstützung des Dringlichkeitsantrages seiner Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und um die Terminsetzung der Sondersitzung vor dem Tag des Aufsichtsrates.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, sprach sich im Namen ihrer Fraktion für den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE aus, wenn durch Herrn Oberbürgermeister versichert werde, die Gremienfolge dahingehend einzuhalten, dass auf jeden Fall erst der Aufsichtsrat tagen kann und dann die Sondersitzung anberaumt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich bei den Stadträten für die konstruktive Diskussion zur TOO.

Bezugnehmend auf die Diskussion zur Sondersitzung verwies er darauf, dass es nach dem Ministergespräch am 17.02.2014 wieder eine Sondersitzung geben müsse, um die Angebote bzw. Vorgaben zu diskutieren, damit so schnell wie möglich ein Vertrag mit dem Land geschlossen werden könne.

Mit dem Vorschlag von Frau Ewert, die Sondersitzung nach der Aufsichtsratssitzung einzuberufen, habe er kein Problem.

Er werde über den Zwischenstand unterrichten, welcher in der morgigen Veranstaltung mit

dem Geschäftsführer und den Intendanten erarbeitet wird.

Desweiteren machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass er noch keine Vorlage einbringen könne, da die Vorbereitungen erst abgeschlossen sind, wenn alle Informationen vorliegen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, warb ebenfalls für die Durchführung einer Sondersitzung. Jedoch brachte sie ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Kulturbeigeordnete, welche im Kulturausschuss sitzt, nicht alle Informationen über die aktuellen Theatervorgänge habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte wiederholt deutlich, dass die Angelegenheit der TOO sehr bedeutend und Chefsache sei und von daher die Kulturbeigeordnete nicht einbezogen wurde und auch nachträglich nicht in das Verfahren einbezogen wird.

Im Hinblick auf eine Beschlussfassung zur Sondersitzung machte Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf aufmerksam, dass vom Stadtrat ein Antrag eingereicht werden müsse.

Frau Dr. Brock, begründete den Änderungsantrag ihrer Fraktion noch einmal mit der Fixierung eines konkreten Datums zur Vorlage eines Verhandlungsergebnisses durch den Oberbürgermeister.

Hinsichtlich des Ablaufes der Sondersitzung fragte **Frau Dr. Brock** an, wer die Vorlage eines Strukturkonzeptes zur Diskussion und Beschlussfassung einbringen wird.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** noch einmal deutlich, dass es von seiner Seite einen schriftlichen Bericht über den aktuellen Stand zur TOO geben wird.

Herr Kley fragte ebenfalls nach der Einbringung einer Vorlage zur Sondersitzung und merkte an, dass er eine Sondersitzung nicht für erforderlich halte. Seiner Meinung nach gäbe es wenig Bewegungsmöglichkeiten für den Oberbürgermeister bei der Verhandlung mit dem Kultusminister.

Bezüglich des Termins für die Sondersitzung verwies auch **Herr Krause** auf die Einhaltung der Gremienfolge, da manche Informationen zwar in den Aufsichtsrat, aber nicht in die Öffentlichkeit gehören. Dabei erinnerte er an die geplanten Personalmaßnahmen, durch welche die Belegschaft aus der Zeitung erfahren habe.

Herr Dr. Meerheim stimmte den Anmerkungen von Frau Dr. Brock und Herrn Kley dahingehend zu, dass der Dringlichkeitsantrag zu ungenau gefasst ist. Die Intention der Antragsteller war, dem Oberbürgermeister einen Verhandlungsgegenstand auf den Weg zu geben, mit welchem Ziel beim Land verhandelt werden soll.

Wenn es jetzt nur einen Bericht gäbe und keine Beschlussfassung wäre die Veranstaltung hinfällig. Er zeigte sich enttäuscht über die Aussage des Oberbürgermeisters, zur Sondersitzung nur einen Bericht vorzulegen. Auch habe er von verschiedenen Varianten gehört, welche in einer solchen Sitzung diskutiert werden sollten.

Herr Dr. Meerheim bat Herrn Wolter um eine nochmalige Verständigung bezüglich der Begründung des Dringlichkeitsantrages ihrer Fraktionen, um in der Sondersitzung nicht nur einen Bericht zu erhalten, sondern eine Beschlussfassung herbeigeführt werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Informationen gegeben werden können, da die Beratungen noch nicht abschließend durchgeführt wurden. Erst nach der morgigen Veranstaltung habe er die Möglichkeit, die Varianten aufzuzeigen und werde sie in seinem Bericht vorstellen. Über diese Varianten könne dann diskutiert und Entscheidungsalternativen gefunden werden.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, schlug zur Ergänzung der Tagesordnung für die Sondersitzung vor, nicht nur über den Bericht zu diskutieren, sondern auch über die Festlegungen des Umfangs des Verhandlungsmandats des Oberbürgermeisters. Dieser sollte mit einem klaren Mandat ausgestattet werden, um besser gegenüber den Vertretern des Landes auftreten zu können.

Damit ein tatsächlicher Beschluss gefasst werden könne, beantragte er im Namen seiner Fraktion diese Änderung.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte die Bedenken von Herrn Kley nicht, denn es sei normales Verhalten, wenn man in eine Verhandlung geht, dass man in der Regel ein Ziel hat, was erreicht werden soll. Im vorliegenden Fall gehe es darum, wie man sich die Hochkultur in Halle mit den Randbedingungen, die das Land vorgibt, weiter vorstelle.

Auf Grund dessen bat er Herrn Oberbürgermeister um das Vorlegen seines Zieles, was er bei den Verhandlungen in Magdeburg erreichen wolle. Darüber könne dann in der Sondersitzung diskutiert werden. Seiner Meinung nach reiche es nicht aus, nur einen Bericht vorzulegen.

Herr Bönisch merkte weiter dazu an, dass bei einer vorherigen Verständigung im Aufsichtsrat im Prinzip die Varianten klar herausgearbeitet wären und einer Beschlussfassung durch den Stadtrat zugeführt werden können.

Hinsichtlich der Erstellung einer Vorlage merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass es dazu erforderlich sei, die Position und Darstellung des Ministeriums zu kennen. Er mache keinen Vorschlag, welcher von vornherein vom Ministerium nicht akzeptiert werden kann.

Herr Bönisch wies darauf hin, dass das Ziel der Stadt und nicht des Ministeriums zu verfolgen ist und aus diesem Grund eine positive Aussage getroffen werden muss. Er sehe keinen Widerspruch, wenn der Oberbürgermeister die Interessen der Stadt vertrete.

Da im Aufsichtsrat die Vorbereitungen für die Verhandlungen mit dem Land getroffen werden, könne durch den Oberbürgermeister eine favorisierte Variante für das Ministerium vorbereitet und zur Diskussion gestellt werden.

Herr Krause zeigte sich überzeugt davon, dass es in der Diskussion des Oberbürgermeisters mit dem Geschäftsführer und den Intendanten und im Aufsichtsrat eine Positionierung zu den unterschiedlichen Varianten geben wird.

Auch sei er sich sicher, dass Herr Oberbürgermeister auf jeden Fall mit einer Empfehlung des Rates aus der Sondersitzung gehe. Dazu wäre er bereit, eine Öffnung zuzulassen, damit er eine Chance zur Auslotung der Gespräche habe.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für den Änderungsantrag ihrer Fraktion aus, da es keine Klarheit darüber gäbe, ob im Februar ein Vertragstext vorgelegt werden kann.

Sie schlug im Namen ihrer Fraktion vor, den Änderungsantrag als zweiten Beschlusspunkt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE einzubringen und dann getrennt voneinander darüber abzustimmen.

Da die Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE eine Änderung im Beschluss ihres Dringlichkeitsantrages vorgenommen haben, verlas **Herr Bartl** den geänderten Beschlusspunkt:

Vor dem letzten Satz wurde eingefügt: „Die Tagesordnung soll unter anderem die Festlegung des Umfangs des Verhandlungsmandats des Oberbürgermeisters zum Gegenstand haben.“

Daraufhin schlug **Herr Krause** den beiden Fraktionen vor, die Einfügung als einen Extrapunkt darzustellen und dann über die drei Punkte getrennt abzustimmen.

Herr Häder nahm im Namen der Antragsteller den Vorschlag von Herrn Krause an.

Bezüglich der Beschlusspunkte des Dringlichkeitsantrages wies **Herr Dr. Meerheim** darauf hin, dass durch die Antragsteller zwar die Aufnahme des eingefügten Satzes als separaten Punkt zugestimmt, aber nicht erklärt wurde, dass sie dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgen. Insofern könne nur über zwei Punkte des Antrages abgestimmt werden bzw. zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dann über die zwei Punkte des Dringlichkeitsantrages.

Abschließend informierte **Herr Dr. Wöllenweber** darüber, dass zur morgen stattfindenden Zusammenkunft eine honorierte Gruppe tage und man zu einem Ergebnis für die Verhandlungen mit dem Land kommen wolle. Die Aufsichtsratssitzung am 14.02.2014 diene lediglich der Information über das Ergebnis und zur Sondersitzung des Stadtrates werde ebenfalls über dieses Ergebnis informiert.

Die Anfrage von **Herrn Krause**, ob die Gruppe von Experten eine Art Ersatzaufsichtsrat sei, wurde von Herrn **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verneint.

Herr Bartl machte darauf aufmerksam, dass Mittwoch, der 12. Februar 2014 als Termin für die Sondersitzung vorgeschlagen werde.

zu 8.25.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates (Vorlagen-Nr.: V/2014/12455) Vorlage: V/2014/12457

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

21 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

geänderter Beschluss:

Der Beschlusstext wird ~~geändert~~ **ergänzt** und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt, ~~dass eine Sondersitzung des Stadtrates zum Thema Verabschiedung eines Strukturkonzeptes der Theater-, Orchester und Oper GmbH durchzuführen, die vor den Verhandlungen des Oberbürgermeisters mit Vertretern des Landes Sachsen-Anhalt stattfindet.~~ **über ein Strukturkonzept der Theater, Orchester und Oper GmbH und die Ausgestaltung der Theaterverträge vor dem Hintergrund eines Genehmigungsvorbehalts des Stadtrates erfolgen.** ~~Der Terminvorschlag wird von der Verwaltung unterbreitet.~~ **Die Verhandlungsergebnisse werden dem Stadtrat in der Sitzung am 26.02.2014 zur Beschlussfassung vorgelegt.**

Herr Bartl, informierte, dass mit der Abstimmung zum TOP 8.25.1 der Beschluss zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE um den soeben gefassten Beschlusspunkt ergänzt wird.

**zu 8.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12455**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, eine Sondersitzung des Stadtrates zum Thema Verabschiedung eines Strukturkonzeptes der Theater-, Orchester und Oper GmbH durchzuführen, die vor den Verhandlungen des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale) mit Vertretern des Landes Sachsen-Anhalt stattfindet.
2. **Die Tagesordnung soll u.a. die Festlegung des Umfangs des Verhandlungsmandats des Oberbürgermeisters zum Gegenstand haben.** Der Terminvorschlag wird von der Verwaltung unterbreitet.
3. Der Stadtrat beschließt, **dass** die Verhandlungen des Oberbürgermeisters mit Vertretern des Landes Sachsen-Anhalt **über ein Strukturkonzept der Theater, Orchester und Oper GmbH und die Ausgestaltung der Theaterverträge vor dem Hintergrund eines Genehmigungsvorbehalts des Stadtrates erfolgen.** **Die Verhandlungsergebnisse werden dem Stadtrat in der Sitzung am 26.02.2014 zur Beschlussfassung vorgelegt.**

**zu 6.19 Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014
Vorlage: V/2014/12414**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stellte den Geschäftsordnungsantrag, den Wirtschaftsplan der TOO auf die Sondersitzung des Stadtrates zu vertagen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat die Verwaltung um Prüfung, ob der alte Beschluss zum Wirtschaftsplan aufgehoben werden muss.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass man durch den Widerspruch wieder bei null anfangen und ein neuer Beschluss zu fassen sei.

Abstimmungsergebnis:

vertagt
auf Sondersitzung am 12.02.2014

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der überarbeitete Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Wirtschaftsjahr vom 01.08.2013 bis zum 31.07.2014 mit einem von der Gesellschaft um 408 TEUR auf 32.600 TEUR abgesenkten Zuschussbedarf wird beschlossen.

zu 7 **Wiedervorlage**

zu 7.3 **Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord**
Vorlage: V/2013/12097

Herr Hildebrand bat um Zustimmung zu seinem Antrag und wies darauf hin, dass dieser nur noch auf den Beschlusspunkt 2 reduziert sei.
Was die Prüfung einer zusätzlichen Linksabbiegespur betrifft, habe die Verwaltung schon ihr Entgegenkommen signalisiert.

Auf Grund der Erklärung der Verwaltung stellte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, den Geschäftsordnungstrag, den Antrag für erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

erledigt
durch Geschäftsordnungsantrag

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Stadtverwaltung setzt sich mit den oberen Verkehrsbehörden mit dem Ziel ins Benehmen, die Reideburger Straße ab Ecke Am Klärwerk dauerhaft zu schließen.~~
- 2. Die Stadtverwaltung ermittelt die Kosten, die für eine zusätzliche Linksabbiegespur von der Delitzscher Straße notwendig wären im Verhältnis zu einer grundhaften Instandsetzung der Dübener Straße. Die Stadtverwaltung legt bis Februar 2014 einen Vorschlag vor.**
- ~~3. Alternativ prüft die Stadtverwaltung, inwiefern der Erschließungsträger für das Bebauungsplangebiet 70.1 an den Kosten für eine grundhafte Instandsetzung der Dübener Straße beteiligt werden kann. Das Ergebnis legt die Stadtverwaltung ebenfalls bis Februar 2014 vor.~~

zu 7.4 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten**
Vorlage: V/2013/11766

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, informierte über die Änderung des Antrages, welche sich durch die Diskussion im Ausschuss ergeben habe.

Mit diesem Antrag gäbe es die Chance, aktuell über Bauvorhaben informiert zu werden und es bestehe die Möglichkeit, sich über die Finanzen zu orientieren.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung wies **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf hin, dass der Beschluss nicht das beinhalte, was durch die Verwaltung interpretiert wurde und bei Zustimmung auf andere Berichterstattungen verzichtet werden soll. Der vorliegende Antrag fordere eine zusätzliche Berichterstattung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, führte dazu aus, dass bei Erstellung eines projektbezogenen Statusberichtes, analog dem Stadtbahnprogramm, es schwierig wäre, den Statusbericht mit dem reinen Zahlenmaterial zu liefern. Es ersetze auch nicht die nach Projektabschluss gewünschten Berichte.

Und wenn es darum gehe, Zahlen mit Textteil vorzulegen, verzichte die Verwaltung auf den reinen Zahlenbericht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, über Fortgang und Abschluss aller durch den Stadtrat beschlossenen Bauprojekte sowie ausgewählter weiterer, vom Vergabe-/ Bauausschuss im Zuge der Vergabe Beschlussfassung festzulegender Bauprojekte ab der ersten Gremienbefassung vierteljährlich in einer Informationsvorlage zu berichten.

Die Informationsvorlage soll zu jedem der festgelegten Einzelprojekte ein fortlaufend zu aktualisierendes Projektblatt mit folgenden Angaben in kurzer Darstellung, so weit wie möglich tabellarisch enthalten:

- Kurzbeschreibung des Projektes/Vorgangs
- Hinweis auf zu Grunde liegende Stadtratsbeschlüsse (u.a. zu Gestaltung, Bau und Finanzierung sowie Änderungsbeschlüsse)
- geplante Kosten und vorgesehener zeitlicher Ablauf
- Kostenstruktur: Eigenmittel, Fördermittel, Straßenausbaubeiträge
- Hinweise zur Planung und Vergabe (aktuelle Leistungsphase, ausführende Zuständigkeiten und Haftungsregelungen)
- Darstellung des Projektfortschrittes (Kosten- und Umsetzungsstand)
- Anzeige von Schwierigkeiten und Kostenaufwüchsen (Ampelfunktion ähnlich Beteiligungsbericht)
- Anzeigen von Änderungen bei Fördermitteln (Höhe, Änderungen bei Förderquellen und Förderquote)
- Übersicht sämtlicher Nachträge (beantragt, bewilligt, voraussichtliche weitere)
- Hinweis auf Darstellung in der Haushaltssatzung / Investitionsplanung (Haushaltsstellen usw.)

Nach Projektabschluss (Bauabnahme bzw. Inbetriebnahme) erfolgt eine abschließende kurze Stellungnahme zu folgender Fragen:

- Gegenüberstellung geplanter und realisierter Kosten und Zeiten
- Differenzen zwischen Planung und Projektumsetzung
- positive und negative Hinweise, Schlussfolgerungen, Erfahrungen aus der Projektumsetzung

**zu 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Kooperationsvertrag Volkshochschulen
Vorlage: V/2013/12185**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Das im Kooperationsvertrag „Volkshochschulen“ zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Saalekreis festgeschriebene Postleitzahlenprinzip wird ab Januar 2014 umgesetzt. Hierzu nimmt die Stadtverwaltung Verhandlungen mit dem Saalekreis auf. Der Kooperationsvertrag in diesem Zug weiterentwickelt werden.

**zu 7.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Übernahme der Fahrtkosten von BerufsschülerInnen zum Sportunterricht
Vorlage: V/2013/12271**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, in welcher vorgeschlagen wurde, den Antrag für erledigt zu erklären. Auf Grund dessen habe man in der letzten Stadtratssitzung um Vertagung gebeten und er habe von der Dreyhauptschule das Signal bekommen, dass die Verwaltung eine unterschiedliche Behandlung der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Ausbildungsentgelt vornehme.

Um weitere Erörterungen vornehmen zu können, stellte **Herr Lange** den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Bildungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den

Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Für SchülerInnen an den Berufsschulen der Stadt Halle (Saale) werden die Fahrtkosten zum pflichtigen Sportunterricht übernommen, wenn sich die Sportstätte nicht am Berufsschulstandort befindet.

**zu 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: V/2013/12277**

**zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)
Vorlage: V/2014/12423**

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte, dass im Hauptausschuss ausführlich über dieses Thema gesprochen und fraktionsübergreifend Einvernehmen erzielt wurde. Er bat darum, dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu folgen und dafür dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Er verwies darauf, dass die aktuelle Stunde die Aufgabe habe, dass sich die Fraktionen zu einem bestimmten aktuellen Thema Fachkompetenz einladen und die Möglichkeit haben, darüber auszutauschen und mit qualifizierten Fragen darauf vorzubereiten.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warb für den Änderungsantrag ihrer Fraktion, da er nur die Friständerung von zwei Tagen beinhalte. Sie begründete den Antrag damit, dass mit zwei Werktagen der Charakter einer aktuellen Stunde gewahrt werde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die bisherige Regelung aus, da diese in der Vergangenheit nicht zu einem Problem geführt habe. Auch sollten nicht unnötig bürokratische Hürden aufgebaut werden, um die Einberufung einer aktuellen Stunde zu veranlassen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte dazu an, dass nach seinem Verständnis eine aktuelle Stunde ein Thema sei, welches einer dringenden Behandlung bedarf, um bestimmte Fristen einzuhalten. Für mehr Rechtssicherheit sei die Festlegung einer Frist notwendig und diese sollte so kurz wie möglich gehalten werden.

**zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)
Vorlage: V/2014/12423**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt:

In § 21 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse wird nach Satz 1 eingefügt:

*„Die aktuelle Stunde ist mindestens ~~am Freitag in der Woche~~ **zwei Werktage** vor der Ausschusssitzung zu verlangen. Der Antrag muss ein Thema mit Begründung enthalten.“*

zu 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

In § 21 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse wird nach Satz 1 eingefügt:

„Die aktuelle Stunde ist mindestens am Freitag in der Woche vor der Ausschusssitzung zu verlangen. Der Antrag muss eine Thema mit Begründung enthalten.“

zu 7.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2013/12019

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, berichtete, dass der erste Antrag seiner Fraktion zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt vom Frühjahr 2012 erneut über das Förderprogramm Soziale Stadt abgelehnt wurde und mittelfristig für die Jahre 2015 und 2016 vorgesehen sei.

In den Ausschüssen habe es eine breite Zustimmung in dieser Angelegenheit gegeben und durch den Antragsteller wurde der Passus im Sinne einer Änderung zur *schnellstmöglichen* Wiederherstellung eingefügt, weil im Finanzausschuss signalisiert wurde, dass unter Umständen auch vorzeitig Gelder zur Verfügung stehen würden.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, äußerte sich zum gleichen Thema und verwies darauf, dass bei einer früheren Bereitstellung von finanziellen Mitteln eine Information wichtig sei, da man dann auf die für das Frühjahr geplanten Maßnahmen durch die Berufsschüler verzichten könne.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich im Namen ihrer Fraktion ausdrücklich für die von Herrn Schachtschneider dargestellte Wiederherstellung der Sportanlagen für die Schulsportnutzung aus. Ebenfalls würden sie einer Förderung im Rahmen des Programms Soziale Stadt zustimmen.

Bezogen auf die Diskussion im Sportausschuss merkte sie an, dass mit geeigneten Maßnahmen zur Wiederherrichtung die von Herrn Schachtschneider initiierten Maßnahmen gemeint seien und nicht ohne Fördermittel an das Projekt herangegangen werden könne. Unter diesen Umständen stimme ihre Fraktion dem Antrag zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt **schnellstmöglich** wieder für sportliche Aktivitäten genutzt werden können.

zu 7.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und der CDU-Fraktion zur Gestaltung von Schulhöfen
Vorlage: V/2013/12187

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, warb für den Antrag seiner Fraktion und begründete ihn damit, dass eine verlässliche Grundlage für künftiges Verwaltungshandeln geschaffen werden soll.

In diesem Zusammenhang kündigte er an, dass in diesem Bereich noch weitere Anträge folgen werden, um die Erarbeitung einer Schulhofkonzeption anzustreben.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich jegliches in Abstimmung mit der betreffenden Schule erfolgendes Engagement Dritter – insbesondere der Eltern oder der Schulfördervereine – zur Verbesserung der (baulichen) Situation der Schule und des Schulgeländes.
2. Bauliche Maßnahmen durch Dritte, die mit Einverständnis der Schule erfolgen sollen, sind seitens der Stadt als Schulträger zu gestatten, soweit sie den einschlägigen Vorschriften und den jeweiligen technischen Normen entsprechen. Dabei ist die Genehmigung der Stadt insbesondere nicht davon abhängig zu machen, dass eine Haftungsfreistellung der Stadt hinsichtlich der Verkehrssicherungspflichten oder eine Zusage zur Übernahme der künftigen Unterhaltungskosten erfolgen müsste.
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, für die laufende Instandhaltung (einschließlich etwaig notwendiger Inspektionen/Sicherheitsprüfung) der gemäß Nr. 2 errichteten Sachen Sorge zu tragen, soweit damit kein unüblich hoher Aufwand oder unangemessen hohe finanzielle Kosten verbunden sind.**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass gleichzeitig mit dem Tagesordnungspunkt 7.11 auch der Antrag zum Tagesordnungspunkt 8.4 behandelt werden soll.

zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112

zu 8.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption
Vorlage: V/2014/12378

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte darüber, dass beide Anträge im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten schon beraten und beschlossen worden sind. Ihrer Fraktion sei wichtig, dass die im Antrag ihrer Fraktion aufgeführten Punkte in das Hochwasserschutzkonzept aufgenommen werden.

Bezogen auf den zweiten Beschlusspunkt ihres Antrages machte sie darauf aufmerksam, dass die Diskussion rund um den Gimritzer Damm deutlich gemacht habe, dass auch die Bevölkerung ein Interesse an einer Berichterstattung habe.

Zum Antrag von Herrn Scholtyssek äußerte sich **Frau Krausbeck** dahingehend, dass dieser eine Ergänzung um konkrete Inhalte der Hochwasserschutzkonzeption beinhalte, wie zum Beispiel die Darstellung zukünftig notwendiger Hochwasserschutzmaßnahmen mit einer Kostendarstellung. Dazu schlage die Verwaltung eine halbjährliche Berichterstattung vor. In diesem Zusammenhang verwies **Frau Krausbeck** darauf, dass die Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung bis April 2014 angestrebt sei.

Abschließend machte den Vorschlag, beide Anträge zur Beschlussfassung zu bringen.

Zum Antrag von Herrn Scholtyssek, zur Erarbeitung einer Hochwasserschutzkonzeption, merkte **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, an, dass es eine Regelaufgabe der Stadt sei, den Hochwasserschutz zu erledigen und seiner Meinung nach keine Untätigkeit der Stadt vorliege und deshalb auch eine Antragstellung überflüssig sei.

Bezugnehmend auf den Antrag der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** brachte er seine Befürchtung zum Ausdruck, dass der Eindruck erweckt werde, der komplette Hochwasserschutz befinde sich in den Händen der Stadt. In der Diskussion zu den Deichanlagen habe sich jedoch gezeigt, dass dem nicht so ist. Ein Großteil des Hochwasserschutzes sei beim Land angesiedelt und er wolle davor warnen, den Stadtrat mit gutgemeinten Anträgen zum Hochwasser zu überladen.

Auch sehe er nicht die Notwendigkeit, in jeder Stadtratssitzung einen Appell an die Stadtverwaltung zu richten, da er nicht den Eindruck habe, die Stadt sei in diesem Bereich untätig.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, begründete seinen Antrag dahingehend, dass es sinnvoll wäre, ein umfassendes, abgestimmtes Konzept zu erstellen, anstatt einen Bericht zu ergänzen, welcher nur eine Auswertung des letzten Hochwassers sei.

Das Konzept soll die organisatorischen Gesichtspunkte im Umgang mit dem Hochwasser sowie den präventiven Hochwasserschutz beinhalten.

Bezogen auf die Antwort der Verwaltung, eine halbjährliche Berichterstattung durchzuführen, fragte **Herr Scholtyssek** an, wann das Gesamtkonzept vorliegen werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, stellte dazu fest, dass der Antrag von Herrn Scholtyssek noch einmal konkretisiert wurde und die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung sich auf den ursprünglichen Antrag bezog.

Darin habe man dargestellt, dass eine solche Konzeption, die sich auf die Themen Planungsrecht und wie wird mit stadtplanerischen Themen und Hochwasser umgegangen, bezieht, nicht in einem so kurzen Zeitraum allein zu schaffen sei. Und da die Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt und dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft notwendig ist, habe man den Halbjahresturnus für die Berichterstattung gewählt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass bereits ein Katastrophenschutzplan vorliege und er im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

dahingehend zugestimmt habe, die Berichterstattung, wie von Herrn Scholtyssek beantragt, zu veranlassen.

Frau Krausbeck bezog sich auf die Anmerkungen von Herrn Knöchel und wies darauf hin, dass im Antrag ihrer Fraktion die Zuständigkeiten von Land und Stadt berücksichtigt und dies auch im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten besprochen wurde. Es werde nicht verlangt, dass die Stadt Halle die Aufgaben des Landes übernimmt.

Aber wie beim Gimritzer Damm auch, müsse sich die Stadt zu bestimmten Sachverhalten positionieren und nach Gesetz in bestimmte Fragen des Hochwasserschutzes einbezogen werden.

**zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 2: mehrheitlich abgelehnt

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Berichterstattung zu dem Hochwasserereignis 2013 in Halle vom September 2013 (vgl. Informationsvorlage V/2013/12026) zu ergänzen. Die Ergänzung soll insbesondere folgende Aspekte umfassen:
 - Auswertung inwieweit Maßnahmen umgesetzt wurden, die bereits im Hochwasserbericht 09/2011 als notwendig erachtet wurden
 - mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Koordination des Einsatzes von freiwilligen Helfern
 - Darstellung aus Sicht der Stadt erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet von Halle
 - kartografische Darstellung hochwassergefährdeter Bereiche und Hochwasserrisikogebiete in Halle
 - mögliche Auswirkung Hochwasserereignisse auf Bebaubarkeit und Ansiedlungsprojekte in gefährdeten Bereichen
 - Rückbauprojekte
 - Darstellung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses auf das Grundwasser
 - Stand und Notwendigkeiten der Einbeziehung der Stadt in landes- und länderübergreifende Maßnahmenplanungen
 - Vorschlag für eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Halle
- ~~2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des ergänzten Hochwasserberichtes in öffentlichen Veranstaltungen und im Rahmen einer internetgestützten Konsultation zur Diskussion zu stellen.~~

**zu 8.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption
Vorlage: V/2014/12378**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich ein umfassendes Hochwasserschutzkonzept für die Stadt Halle (Saale) zu entwickeln. Das Konzept benennt u.a. konkrete Ziele, zur Umsetzung erforderliche Maßnahmen und die damit verbundenen Kosten. Über den aktuellen Umsetzungsstand der Projekte werden die Gremien des Stadtrates regelmäßig unterrichtet.

**zu 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt
Vorlage: V/2013/12192**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass mit dem Antrag erreicht werden soll, dass die Verwaltung ein Konzept zur Sanierung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt vorlegt und den Stadtrat frühzeitig in die Diskussion um eine Lösung einbezieht.

Aus diesem Grund könne man die Positionierung der Stadt zu diesem Punkt nicht nachvollziehen, da man nicht eine Antragstellung beim Land fordere, sondern nur die Erstellung des Konzeptes, welches unabhängig von der Förderung notwendig sei.

Abschließend bat **Herr Wehrich** um Zustimmung des Antrages, damit die Verwaltung zum Vorlegen des Konzeptes aufgefordert werde, um frühzeitig darüber zu diskutieren und als entsprechende Grundlage diene, damit die Beantragung der Mittel aus dem Fluthilfefond bzw. aus dem Grundwasserfond des Landes beantragt und finanziert werden kann.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, bezog sich auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und verwies auf die Diskussionen vor dem Hochwasser, in welcher im Zusammenhang mit dem Vernässungskonzept besprochen wurde, dass bei einem Nichtfunktionieren des Konzeptes Spundwände automatisch die Brunnengalerie saniert werde.

Aus diesem Grund habe ihn die Antwort der Verwaltung verwundert, dass der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt wird. Er hätte erwartet, dass die Verwaltung den Antrag für überflüssig erklärt, da die aufgeführten Punkte entsprechend der vorhandenen Beschlusslagen im Stadtrat in Bearbeitung sind.

Herr Knöchel führte weiter aus, dass er davon ausgegangen sei, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Beschlusslage noch einmal bestätigen soll und deshalb halte er die Stellungnahme der Verwaltung für unverständlich und erklärungsbedürftig.

Auch **Herr Koehn, SPD-Fraktion**, zeigte sich irritiert von der Antwort der Verwaltung. Die Brunnengalerie habe wenig mit dem aktuellen Hochwasser zu tun und er fragte an, ob die vorhandenen Reste der Brunnengalerie ausreichen, die Grundwasserhaltung für Halle-Neustadt abzusichern und wenn nicht, sollte dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefolgt werden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass man im Normalzustand kein Problem mit der Grundwasserabsenkung habe.

Auf Grund der beim Hochwasserereignis aufgetretenen Schäden habe man die Grundwasserhaltung für die Fluthilfe angemeldet und diese sei auch Teil des Maßnahmenpaketes, welches vom Stadtrat beschlossen wurde.

Im zweiten Schritt wurde dann die Einzelantragstellung, wie bei anderen Projekten auch, zur Abstimmung an das Landesverwaltungsamt geschickt.

Es war auch nicht vorgesehen, die Dichtwand als Alternative zur Grundwassergalerie sofort zu bauen, sondern dies sei aufgrund der Untersuchung, die aus dem Vernässungstopf mit finanziert wurde, die Vorzugsvariante. Vor einer Umsetzung bedarf es weiterer Untersuchungen, zu welchen die entsprechenden Abstimmungen mit dem LAF (Landesanstalt für Altlastenfreistellung) stattgefunden haben, um auch hier eine Förderung zu bekommen, weil insbesondere das Strömungsverhalten der Dichtwand untersucht werden sollte.

Durch das dazwischen gekommene Hochwasserereignis fehlte ein wesentlicher Baustein, die Kombination einer vor dem Hochwasserereignis vom LHW (Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft) favorisierten Variante, der Ertüchtigung des alten Gimritzer Damms durch eine Spundwand, die dann hätte kombiniert werden können mit der Dichtwand zum Thema Grundwasserabsenkung.

Da dieser Eckpunkt wegfiel, entschied man sich für die Anmeldung der Fluthilfe und man konzentrierte sich jetzt auf die Optimierung der Grundwasserabsenkung über eine Brunnengalerie.

Bezüglich der Stellungnahme der Verwaltung teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass man diese aufgrund des Beschlussvorschlages - Vorlage eines Maßnahmenkonzeptes zur Sanierung der Brunnengalerie mit der Beantragung von Mitteln aus dem Vernässungsfond - erstellt habe. Die Verwaltung halte diese Formulierung des Antrages derzeit für nicht beschlussfähig, da man sich gerade im Antragsverfahren zum Thema Fluthilfe befinde.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass es zwar eine Beantragung von Maßnahmen aber keinen Plan dazu gäbe und er den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so verstehe, dass die Verwaltung einen konkreten Maßnahmenplan vorlegen soll.

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass es im Planungsausschuss andere Informationen zur Brunnengalerie gab, als jetzt von Herrn Beigeordneten Stäglin dargelegt wurden.

Er führte aus, dass die Verwaltung darüber informierte, auf Vernässungsmittel zu warten. Im Gegensatz dazu habe Herr Beigeordneter Stäglin von Flutmitteln gesprochen. Ebenso habe er im Planungsausschuss kritisiert, nicht über den Abbruch der weiteren Spundwandplanung informiert worden zu sein.

Herr Kley bat die Verwaltung um klare Aussagen im nächsten Planungsausschuss über den Stand der weiteren Planung zur Brunnengalerie.

Herr Beigeordneter Stäglin erläuterte, dass alternative Zielsetzung zur Dichtwand eine optimierte Brunnengalerie ist. Dabei könne man auf den Untersuchungen aufbauen, die EU-mitfinanziert waren und dem zufolge auch ein Plan vorliege. Abschließend sicherte er eine Berichterstattung in den Ausschüssen über den aktuellen Stand zu.

Herr Weihrich wies darauf hin, dass er es nicht für ausreichend halte, nur in den Ausschüssen zu berichten, sondern eine schriftliche Grundlage erforderlich sei, die auch an die Bürgerinnen und Bürger zur Information weitergegeben werden kann.

Es gehe nicht nur um eine konkrete Antragsvorbereitung für Fördermittel aus dem Landesfond für Vernässung, sondern um den Stand bei der Sanierung der Brunnengalerie, den Zeitablauf und den Zeitplan der Verwaltung.

Im Namen seiner Fraktion änderte **Herr Wehrich** den Antrag insofern, dass der zweite Halbsatz des ersten Satzes „..... , so dass eine Beantragung ... gegen Vernässungen oder Erosion ermöglicht wird“ gestrichen wird, damit klar erkennbar sei, dass es hier nur um das Konzept geht, unabhängig von den jeweiligen Fonds.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand dankte Herrn Wehrich für die Änderung des Beschlusstextes und sagte die Präsentation eines Konzeptes in Form einer Berichterstattung zu.

In Bezug auf die Brunnengalerie machte er noch einmal deutlich, dass diese einsatzfähig sei und in der jetzigen Situation keine Gefährdung vorliege.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, fragte nach, ob es nicht günstiger wäre, sich nicht nur auf den Hochwasser-, sondern auch auf den Vernässungsfond zu konzentrieren, da auch Herr Beigeordneter Stäglin von einem Vernässungsproblem gesprochen habe. In diesem Zusammenhang bat er um eine Gegenüberstellung der Vorteile der beiden Fonds.

Herr Beigeordneter Stäglin erläuterte, dass bei den Fluthilfeanträgen deutlich mitzuteilen sei, dass es der Topf ist, aus dem Mittel beantragt werden und nicht bei anderen Förderprogrammen Anträge laufen. Deswegen habe die Verwaltung beim LAF (Landesanstalt für Altlastenfreistellung) gebeten, den Antrag ruhend zu stellen.

In Bezug auf die Forderung der Antragsteller zur Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes bis April 2014 machte **Herr Sieber, fraktionslos**, darauf aufmerksam, dass man dies von einem Arbeitsbereich der Verwaltung verlange, der schon sehr belastet sei, da er in den nächsten drei Monaten mit 300 Mio. Euro Fördergelder umgehen und bei den verschiedensten Ministerien Anträge auf Fördermittel stellen müsse. Aus diesem Grund könnte er dem Antrag nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 30.04.2014 ein Maßnahmenkonzept zur Sanierung der Brunnengalerie Halle-Neustadt vorzulegen, ~~so dass eine Beantragung von Mitteln nach der Richtlinie des Landes über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen Vernässungen oder Erosion ermöglicht wird.~~ In dem Maßnahmenkonzept sind die Erfahrungen aus den Hochwasserereignissen 2013 insbesondere im Hinblick auf die Einsatz- und Leistungsfähigkeit der Brunnengalerie zu berücksichtigen.

zu 7.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung von Gehwegschäden
Vorlage: V/2013/12193

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, analog der Prioritätensetzung im Straßenbau und bei den Fahrradwegen auch mit den Gehwegen so zu verfahren, um eine schrittweise Verbesserung der Situation zu erreichen.

Er warb ausdrücklich für die Zustimmung des Antrages, damit für diese Maßnahmen in den folgenden Haushaltsjahren entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden können.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass die Berücksichtigung bei der jährlichen Haushaltsplanung kein Absolutheitsanspruch sein könne, da es auch noch eine Vielzahl anderer Anträge und Konzepte gäbe, welche abgeglichen werden müssen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum II. Quartal 2014 eine Prioritätenliste für die Sanierung von wichtigen Instandsetzungsbedürftigen Gehwegbereichen im Stadtgebiet mit Darlegung von Gründen nebst Umsetzungsplan für den Zeitraum bis zum Jahr 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der sich aus dem Umsetzungsplan ergebende Finanzbedarf ist bei der jährlichen Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

zu 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung einer städtebaulich und finanziell optimalen Entwicklungsplanung am Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/12200

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag damit, dass es seit Jahren Diskussionen in der Öffentlichkeit und auch innerhalb des städtischen Unternehmens HWG (Hallesche Wohnungsgesellschaft) gäbe, am Riebeckplatz anstelle des abgerissenen Hochhauses ein neues Gebäude zu errichten. Dabei werde die Stadt Halle als Ankermieter in Erwägung gezogen.

Auch wenn die Planung von der HWG zurückgestellt und im Moment nicht weiter aktiv verfolgt wird, soll mit dem Antrag noch einmal der Forderung nach einer Raumkonzeption Nachdruck verliehen werden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH, den Geschäftsführer des städtischen Unternehmens anzuweisen, bis zu einer anderslautenden Gesellschafterweisung jegliche Planungen für eine Neubebauung anstelle der abgerissenen Hochhäuser am Riebeckplatz einzustellen.*
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung erneut, ihren absehbaren Raumbedarf sowohl insgesamt als auch speziell hinsichtlich eines eventuellen neuen*

Verwaltungssitzes am Riebeckplatz umfassend zu erheben, schlüssig darzulegen sowie mit dem Stadtrat verbindlich abzustimmen.

3. *Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung darüber hinaus, auf der Grundlage eines solchen verabschiedeten Raumkonzepts eine umfassend abgewogene und begründete Entscheidungsvorlage für oder wider einen Neubau am Riebeckplatz mit der Stadtverwaltung als Ankermieterin bis spätestens Ende 2014 vorzulegen.*

**zu 7.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der sicheren Nutzbarkeit des öffentlichen Straßenraums
Vorlage: V/2013/12206**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag ihrer Fraktion dahingehend, dass von der Verwaltung ein Bericht vorgelegt werden soll, wie die sichere Nutzung öffentlichen Straßenraumes in den Stadtvierteln mit hohem Parkdruck gewährleistet werden kann. Dabei verwies sie auf ein Projekt aus Leipzig, wo über Restrektion in Verbindung mit der Schaffung weiteren Parkraumes nachgedacht wird.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass der Antrag konkreter gestellt werden müsse, um daraus einen Auftrag für die Verwaltung zur Berichterstattung abzuleiten. Aus diesem Grund lehne er den Antrag ab.

Zum gleichen Thema berichtete **Herr Misch, CDU-Fraktion**, dass im Ausschuss zur Untermauerung des Antrages Fotos mit abgestellten Fahrzeugen in Kreuzungsbereichen und mit zugeparkten Fußwegen vorgelegt worden sind und er verwies In diesem Zusammenhang auf die Umsetzung des bestehenden Ordnungsrechtes.

Unabhängig davon seien die aufgeführten Probleme durch verkehrsrechtliche Anordnungen zu regeln, was nicht Sache des Stadtrates sei und es weder ein Prüfungsrecht noch ein Recht gäbe, Anträge darüber einzubringen.

Seiner Meinung nach wäre ein Appell an die Stadtverwaltung zu richten, das Ordnungsrecht durchzusetzen und wenn die Verwaltung es für notwendig erachtet, verkehrsrechtliche Anordnungen zu treffen.

Aus diesem Grund werde er den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach der Quantifizierung der Arbeitsstunden, die die Verwaltung dafür brauche, um einen Bericht zu erstellen, welcher mit keinen Konsequenzen verbunden sei.

Herr Kley, FDP-Fraktion, hielt den Antrag für überflüssig, weil die Regelungen des Straßenverkehrs in Gesetzen und Verordnungen verankert seien und seiner Meinung nach auch von den Ordnungskräften kontrolliert und Verstöße von diesen geahndet werden.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte ihr Unverständnis über die Diskussion zum Ausdruck, und wies darauf hin, dass die Verwaltung den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten verwiesen habe, um ihn fachgerecht zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2014 darüber zu berichten, inwiefern der öffentliche Straßenraum in den städtischen Wohnquartieren und Stadtvierteln von allen NutzerInnengruppen, jedoch insbesondere von schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmern, unter besonderer Berücksichtigung der Kreuzungs- und Knotenpunkte sicher genutzt werden kann.

**zu 7.18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zustand und Weiterentwicklung der Breitband- und IT-Ausstattung der städtischen Schulen
Vorlage: V/2013/12300**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bekennt sich zu dem grundsätzlichen Ziel, zur kostenoptimierten und pädagogisch angemessenen Ausstattung aller städtischen Schulen, diese bis zum Jahr 2018 mit zeitgemäß schnellen Breitbandinternetanschlüssen und einer leistungsfähigen Netzwerk- und Informationstechnologie-Ausstattung auszurüsten.
2. Die Stadtverwaltung wird dazu beauftragt:
 - 2.1. Bis zum 2. Quartal 2014 ist ein Bericht zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerk-Infrastruktur sowie der Breitband-Internet-Versorgung aller städtischen Schulen vorzulegen.
Darin sind auch bisher geplante weitere Entwicklungsschritte und mögliche Einsparpotentiale bei kostenoptimierter Umsetzung aufzuführen.
 - 2.2. Auf Basis dieses Berichts und unter Einbeziehung der entsprechenden Schulgremien und Landesinstitutionen, der Interessenvertretungen von Eltern und Schülern sowie der interessierten Öffentlichkeit ist bis zum 1. Quartal 2015 dem Stadtrat eine Beschlussvorlage für ein pädagogisches und technologisches Zielkonzept zur Weiterentwicklung des Ausstattungsstandards vorzulegen.
 - 2.3. Bis zum 3. Quartal 2015 ist ein Umsetzungskonzept inklusive finanzieller Untersetzung als Beschlussvorlage vorzulegen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102**

Bezugnehmend auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters bat **Herr Müller, CDU-Fraktion**, um eine Erläuterung der Begründung des Widerspruchs, dass die Bildschirme mit Kulturwerbung in den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung eingreifen würden.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das hier vorliegende Tatbestandsmerkmal Organisation die innere Organisation der Gemeindeverwaltung regelt und darin eingreifende Prüfaufträge, ähnlich wie im übertragenen Wirkungskreis, unzulässig sind, da sie in die ausschließliche Kompetenz des Oberbürgermeisters eingreifen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, in Wartebereichen der Verwaltung (z.B. Einwohnermeldeamt, Bürgerbüro, Stadtbibliothek) Monitore aufzustellen, auf denen Kulturwerbung für Veranstaltungen öffentlicher Einrichtungen der Stadt präsentiert wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Modalitäten der Einführung zu prüfen.

**zu 8.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes bzgl. der Fortsetzung und Intensivierung der Beziehungen zu den Partnerstädten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12375**

Herr Müller, CDU-Fraktion, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass ein Konzept vorgelegt werden soll, welches im Vorfeld mit den entsprechenden Vereinen diskutiert wurde und über welches in den Ausschüssen beraten werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Müller zu.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass 2011 schon einmal eine Anfrage zu diesem Thema eingebracht und durch die Verwaltung dahingehend beantwortet wurde, in regelmäßigen Abständen einen Bericht über die Realisierung partnerschaftlicher Beziehungen sowie über die allgemeine Entwicklung kommunaler Auslandsbeziehungen der Stadt vorzulegen. Da keine Berichterstattung diesbezüglich erfolgte, halte auch er einen solchen Antrag für erforderlich.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert den Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) auf, bis zur Stadtratssitzung im März 2014 ein Konzept zur Pflege der Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale) zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377

zu 8.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ - (Vorlagen-
Nr.: V/2014/12377)
Vorlage: V/2014/12454

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, merkte dazu an, dass der Antrag fraktionsübergreifend eingebracht wurde und die Fraktion DIE LINKE diesem ausdrücklich zugestimmt habe.

Seit Juli 2013 habe sich die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat in zahlreichen Gesprächen und Aufsichtsratssitzungen bemüht, eine Konzeption und einen Kostenplan für die Wiederinbetriebnahme des MMZ zu erstellen. Diese Bemühungen endeten in einem einstimmig gefassten Aufsichtsratsbeschluss Anfang November und der Aufsichtsrat beauftragte den Aufsichtsratsvorsitzenden als Vertreter des Gesellschafters, die Intentionen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in Form einer Beschlussvorlage in die Verwaltung einzubringen. Diese Beschlussvorlage wurde jedoch in der Verwaltung aufgehoben und nicht in den Gremienlauf gegeben.

Gleichzeitig zu den Gesprächen zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung habe es parallel dazu Vorkläarungen mit der Investitionsbank in enger Stadtabstimmung mit der Staatskanzlei gegeben, so dass in Aussicht gestellt war, dass Mittel aus dem Fluthilfefond von ungefähr 19 Mio. Euro für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden können.

Zwischenzeitlich seien zwei Drittel der Fläche des MMZ auf Initiative der Geschäftsführung wieder mit branchentypischen Firmen ausgelastet, aber es gäbe jedoch noch keine Antwort darauf, wie es mit dem restlichen Drittel weiter geht.

Weiterhin berichtete **Frau Dr. Wünscher** darüber dass dem MMZ zurzeit wichtige Einnahmefelder, wie die Kinotonmischung und die Tiefgarage fehlen und man jetzt aus der Presse erfahre, dass die Standortfrage noch einmal aufgemacht werde soll.

Sie machte darauf aufmerksam, dass für das MMZ am jetzigen Standort bis 2020 eine Fördermittelbindung bestehe, welche nach Aussage aus der Staatskanzlei auch nicht aufgehoben wird. Und da das MMZ wieder branchentypisch besetzt sei, wäre eine Antragstellung zur Aufhebung der Fördermittelbindung aussichtslos.

Abschließend bezog sich **Frau Dr. Wünscher** auf die Diskussion zur Eissporthalle, in welcher auf eine schnellstmögliche Beantragung von Fördermitteln hingewiesen wurde und sie verwies darauf, dass das gleiche auch für das MMZ gelten sollte.

Aus diesem Grund bat **Frau Dr. Wünscher** um Zustimmung zum Antrag, um das MMZ bestandsfähig zu erhalten, schnellstmöglich die komplette Inbetriebnahme zu garantieren und um die entsprechenden Fördermittel zu bekommen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zeigte Unverständnis für die Anträge und auch dafür, den Schadensbericht des letzten Jahres als Beschluss des Wiederaufbaus des MMZ zu nehmen.

Grundsätzlich sei es wichtig, den Medienstandort zu halten, aber einer Beschlussfassung in der vorliegenden Form könne sie nicht zustimmen und deshalb verwies sie die Anträge im Namen ihrer Fraktion in den Planungsausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte an, wer mit dem Gutachten für die Standortsuche beauftragt wurde und welche Kosten dafür entstehen würden.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass erst noch ein qualifiziertes Schadensgutachten erstellt werden müsse und die Beauftragung für die Suche eines anderen Standortes ebenfalls noch nicht erfolgt ist.

Im Zuge der Wirtschaftlichkeitsanalyse müsse man jedoch immer dagegen halten, ob es andere Standorte gäbe, auch wenn der jetzige Standort des MMZ präferiert werde.

Zurzeit benötige man das Schadensgutachten und die Entwicklungsprognose, um zu vergleichen, welche Kosten auf die Stadt zukommen und wie abgerechnet werden muss. Die Verfahrensweise gestalte sich ähnlich wie beim Standort zur Eissporthalle.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, verwies auf das Alleinstellungsmerkmal des MMZ für die Stadt Halle und auf das Engagement der Mieter, welche Möglichkeiten sehen, eine Kontinuität der Betriebsführung herzustellen, die für Halle ein wesentliches Element der Kreativwirtschaft darstelle.

Seine Fraktion finde es schade, dass das Engagement der Mieter nicht aufgenommen und bis heute kein Zustand der Realisierung für die Möglichkeit der Kintonmischung hergestellt wurde.

Bezogen auf die Standortdiskussion machte **Herr Schramm** deutlich, dass vor einer Entscheidung zu überdenken sei, wie die Produktionsmöglichkeiten für den Bereich Kintonmischung weiterhin gesichert werden können.

Aus diesem Grund werde seine Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion mit Ergänzung des Änderungsantrages seiner Fraktion als Punkt 2 des Beschlussvorschlages unterstützen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass ihm nicht bekannt sei, dass das Gebäude des MMZ zerstört und wirtschaftlich nicht mehr nutzbar wäre. Auch werde der finanzielle Betrag, welcher zur hochwassergemäßen Ertüchtigung des Gebäudes notwendig ist, in keiner Weise dafür ausreichen, an einem anderen Standort ein neues MMZ zu bauen.

Damit erübrige sich ein Gutachten zur Standortfrage, denn die Diskussion dazu schade lediglich der Kundenakquise zur weiteren Vermietung.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zweifelte die Verweisung der Anträge an. Damit werde eine weitere Planung zum MMZ verzögert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Wirtschaftsausschuss und in den Finanzausschuss.

zu 8.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ - (Vorlagen-Nr.: V/2014/12377)
Vorlage: V/2014/12454**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**
und in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Ein neuer Punkt 2 wird wie folgt eingefügt:

2. Das Leistungsprofil Kinotonmischung ist unverzüglich wieder im betriebsbereiten Zustand unter Mitwirkung der Nutzer einzurichten.

Der bisherige Punkt 2 des Antrages wird Punkt 3.

**zu 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**
und in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Die Konzeption zum Wiederaufbau des MMZ.*
- 2. Die Stadtverwaltung sichert die Zwischenfinanzierung bis zur Ausreichung der Fluthilfemittel durch die Investbank Sachsen-Anhalt.*

**zu 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12387**

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, ob und wie die Stadt Halle (Saale) auf die zunehmende Nutzung von E-Bikes im Stadtgebiet vorbereitet ist.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2014/12388**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) vom 15.12.2004 in der Fassung der 6. Änderungssatzung vom 19.06.2013 wird im § 9 „Beigeordnete“ im Absatz 1 – wie folgt geändert:

(1) Die Stadt Halle (Saale) hat vier Beigeordnete.

Sie werden in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Jeder Beigeordnete wird im Benehmen mit dem Oberbürgermeister vom Stadtrat in einem besonderen Wahlgang bestimmt.

zu 8.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Benennung

einer Straße, eines Parks oder eines Platzes nach Nelson Mandela
Vorlage: V/2014/12396

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, begründete den Antrag seiner Fraktion mit der Ehrung von Nelson Mandela und um ein Zeichen zu setzen für die Ideale von Nelson Mandela, gegen Rassismus, für Demokratie und Toleranz. Seine Fraktion folge dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Verweisung des Antrages in den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat beschließt,
eine Straße, einen Platz oder einen Park in Halle (Saale) nach dem verstorbenen Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela zu benennen.
Die Verwaltung unterbreitet dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 26.02.2014 einen konkreten Vorschlag*

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass es in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses ein ähnliches Problem um eine Straßenbenennung in Dölau gäbe. Sie bat um eine Verständigung dazu, wie mit den Vorschlägen umgegangen werden soll, welche unabhängig von der Prioritätenliste und dem Umgang zur Verfahrensweise dazu eingebracht werden.

zu 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V.
(Vorlage: V/2013/12229)
Vorlage: V/2014/12402

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass zum Thema Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. ein Beschluss des Stadtrates ignoriert und die Mitgliedschaft nicht aufgekündigt wurde. Seine Fraktion verlange einen Bericht der Verwaltung, was mit der Mitgliedschaft erreicht werden konnte, um den Nichtaustritt zu rechtfertigen.

Er führte weiter dazu an, dass die Stadt über die verschiedensten Maßnahmen der Verkehrsplanung, Wohnungsplanung, Raumordnung und ähnlichem mit diesem Thema beschäftigt sei und deshalb bedarf es nicht extra eines Modells zum Klimaschutz.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf die grundsätzliche Stellungnahme der Verwaltung.

Es treffe nicht zu, dass die Verwaltung einen Beschluss des Stadtrates ignoriert habe, sondern der Stadtrat wurde gebeten, den Beschluss auszusetzen. Die dazu vorgelegte Beschlussvorlage habe eine Mehrheit im Stadtrat gefunden. Für den Fall, dass der Stadtrat der Vorlage nicht gefolgt wäre, hatte man im Dezember einen Austrittsbrief vorbereitet.

Auch könne er den Darlegungen von Herrn Kley nicht zustimmen und verwies darauf, dass in allen Ausschusssitzungen ein Vertreter des Dienstleistungszentrums Klimaschutz anwesend war, um weitere Details zu erläutern.

Herr Beigeordneter Stäglin stellte noch einmal klar, dass die Verwaltung bei der ablehnenden Stellungnahme, bezogen auf den Antrag, bleibe.

Herr Weirich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bestätigte die von Herrn Beigeordneten Stäglin genannte gültige Beschlusslage im Stadtrat. Weiterhin machte er deutlich, dass es keinen Fachmann gäbe, der sich im Moment zur statistischen Eintrittswahrscheinlichkeit von Modellen zum Klimaschutz äußern könne.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung berichtet bis zum 31.03.2014 im Ausschuss für Ordnung und Umwelt über den aktuellen Stand des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes und über den Fortschritt des Projektes „Klimaschutz-Planer“.

Die Stadtverwaltung erläutert die statistische Eintrittswahrscheinlichkeit von Szenarien aus diesem Konzept bis 2050.

zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vergabe eines Namens für den Campusplatz des Geisteswissenschaftlichen Zentrums
Vorlage: V/2013/12369

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, begründete den Antrag mit dem Wunsch der Universität für eine eigene Anschrift für den Campusplatz des Geisteswissenschaftlichen Zentrums, um die umstrittene Diskussion um die Person Emil Abderhalden zu beenden.

Herr Häder zeigte Unverständnis für die Ankündigung der Verweisung des Antrages durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand. Damit werde das Ziel unterlaufen, für die Uni einen neuen Namen für die Adresse des Geisteswissenschaftlichen Zentrums zu finden. Da ein konkreter Namensvorschlag zur Diskussion und Beschlussfassung in den Stadtrat eingebracht werden müsse, sei eine Verweisung in die Ausschüsse nicht erforderlich.

Auf Grund der Darlegungen von Herrn Häder zog **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Antrag auf Verweisung zurück.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, merkte an, dass die Bewohner der Emil-Abderhalden-

Straße keinen Anstoß an dem Namen nehmen würden und er verstehe nicht, weshalb es für die Uni eine andere Adresse geben sollte.

In diesem Zusammenhang müsse man darüber entscheiden, entweder den Straßennamen für alle Bewohner und die Uni gleich zu belassen oder für die Straße und den Campusplatz einen anderen Straßennamen zu suchen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass die Entscheidung, ob der Straßename Emil-Abderhalden in Halle präsent sein sollte oder nicht, im Kulturausschuss noch nicht getroffen wurde.

Es habe aber die Überlegung gegeben, dass es sich beim Campus um ein Geisteswissenschaftliches Zentrum handelt und Emil Abderhalden ein Naturwissenschaftler war und man deshalb nachvollziehen könne, einen anderen Namensgeber für diesen Campus zu finden.

Mit dem Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM werde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob die Änderung des Straßennamens für den Campus überhaupt möglich wäre.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Kulturausschuss, um dort eine abschließende Diskussion zur Namensgebung Emil Abderhalden zu führen und eine Entscheidung zu treffen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, brachte zum Ausdruck, dass er der Verweisung des Antrages nicht folgen könne. Denn es gehe nicht nur um die Entscheidung, ob der Name tragbar sei oder nicht, sondern es gäbe auch einen Zeitfaktor, auf welchen die Uni hingewiesen habe. Und es sei nicht zu schaffen, wenn die Universität an diesen neuen Campus umzieht, dann noch entsprechende Entscheidungen für oder gegen den Namen Emil Abderhalden zu treffen.

Mit dem Antrag hätte man den Kompromiss gefunden, dem Willen der Universität entgegenzukommen und einen Vorschlag zu erarbeiten und zu prüfen und eine Entscheidung zu treffen.

Herr Lange plädierte dafür, die Verweisung zurückzunehmen und die Beauftragung der Verwaltung zur Prüfung der Angelegenheit aufrecht zu erhalten.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Lange über den Wunsch der Universität zur Änderung der Adresse merkte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, an, dass ihm nur das Anliegen einiger Professoren diesbezüglich bekannt sei.

Und da es eine Adresse für diese Straße gäbe, halte er eine kurzfristige Entscheidung durch den Stadtrat nicht für erforderlich.

Desweiteren könne die Verwaltung den Prüfauftrag auch annehmen, ohne dass eine Beschlussfassung im Kulturausschuss stattfindet.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. die Voraussetzungen für die Vergabe eines eigenständigen Namens des Straßenplatzes auf dem Campus hinsichtlich des 2014 zu eröffnenden Geisteswissenschaftlichen Zentrums zu prüfen (eindeutige Zuordnung für Postanschrift) und ggf.
2. einen Namensvorschlag für den künftigen Platz unter Einbeziehung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg abzustimmen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Prüfung einer Anpassung der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“
Vorlage: V/2014/12390**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Aktualität der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“ hinsichtlich der nachfolgend genannten Punkte zu prüfen und ggf. eine überarbeitete Fassung dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen:

1. „Feuerbrand“ als Schadorganismenbefall von Obstgehölzen in die Beispielliste der Ausnahmeregelung für selbständige Verbrennung zu übernehmen
2. die zusätzliche Aufnahme eines Punktes zur Entsorgung von stark gesundheitsschädigenden Pflanzen wie z.B. der Riesen-Bärenklau und das Beifußblättrige Traubenkraut zu erwägen sowie
3. eine Aktualisierung des Namens der zuständigen Behörde in „Amt für Landwirtschaft, Flurenreue und Forsten Süd“ sowie eine Aktualisierung der Geldbuße von DM auf Euro vorzunehmen.

**zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015
Vorlage: V/2014/12398**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, die Systematik des Haushaltes transparenter zu machen und die Haushaltsberatungen zu erleichtern.

Zum Punkt Investitionen wurde der Antrag noch einmal dahingehend geändert, dass keine umfangreichen Zusatzinformationen erforderlich seien, sondern mit der Grenze von 50 T€ deutlich gemacht werden soll, dass es um größere Maßnahmen geht.

Herr Wehrich bedankte sich für die positive Stellungnahme der Verwaltung und bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung
und Liegenschaften**

geänderter Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Haushaltsplanentwurf 2015 folgende zusätzliche Erläuterungen in geeigneter Form aufzunehmen:*
 - a. *Darstellung aller neu vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes mit jeweiliger Kurzbeschreibung*
 - b. *Darstellung aller - im Vergleich mit dem Investitionsprogramm des HH 2014 - nicht mehr für eine Umsetzung vorgeschlagenen Vorhaben des Investitionsprogrammes **ab einem Wertumfang von 50.000 €** mit jeweiliger Kurzbeschreibung*
 - c. *Darstellung aller infolge von Haushaltsklausuren der Stadtverwaltung festgelegten Konsolidierungsbeiträge*
 - d. *Darstellung der Abweichungen des Haushaltsjahres 2015 gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 nicht nur zusammenfassend bei den Geschäfts- und Fachbereichen, sondern bei den einzelnen Produkten*
 - e. *gesonderte Kennzeichnung von neu vorgeschlagenen kw-Setzungen im Stellenplan*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtratsbeschluss vom 27.03.2013 zur Darstellung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Beschluss zu Antrag V/2013/11502) vollständig umzusetzen.*

**zu 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM zur Neubesetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12400**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Austritt des Stadtrates Gerry Kley aus dem Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung.

verlinkt werde, was eine indirekte Werbung für einen kommerziellen Anbieter im öffentlichen Bibliothekssystem darstelle.

Zwischenzeitlich gäbe es ein Angebot, welches von anderen Bibliotheken schon genutzt werde, um eine solche Werbung zu unterlassen und eine Verlinkung zu den lokalen Anbietern möglich sei. Sie bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion.

Frau Dr. Berger, CDU-Fraktion, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig im Katalog der Stadtbibliothek auf eine Verlinkung der Coverabbildungen von Medien zu amazon.de zu verzichten und ein kostenfreies Angebot zur Covernutzung der MVB Marketing- und Verlagsservice des Buchhandels GmbH zu nutzen.

**zu 8.16 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Umgestaltung des Straßenraums auf Grund des Bebauungsplans 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus"
Vorlage: V/2013/12337**

Herr Sieber, fraktionslos, begründete den Antrag damit, dass sich der Stadtrat die Entscheidung zur Umgestaltung des Straßenraumes auf Grund des Bebauungsplanes habe nehmen lassen und mit dem Antrag erreicht werden soll, diese Entscheidung wieder in den Stadtrat zu holen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Für die Umgestaltung des Straßenraums auf Grund des Bebauungsplans 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus" wird über einen normalen Gremiendurchlauf ein Gestaltungsbeschluss gefasst.

**zu 8.17 Prüfantrag des Stadtrats Olaf Sieber zur Durchführung einer Kunstausstellung der Bürger Halles und des Saalekreises
Vorlage: V/2014/12405**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass der Antrag nicht abstimmungsreif sei, da es seit Jahren im Opernhaus Kunstausstellungen gäbe. Er bat Herrn Sieber um Zurückziehung des Antrages und um eine Qualifizierung des Anliegens.

Dazu teilte **Herr Sieber, fraktionslos**, mit, dass er den Antrag für abstimmungsfähig halte, da er einen Prüfauftrag darstelle.

Es soll geprüft werden, ob in den Räumen der TOO während der Spielpause im Sommer Exponate der bildenden Kunst von Bürgerinnen und Bürgern ausgestellt werden können.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge prüfen, ob in der Spielpause des Sommers 2014 in Räumlichkeiten der halleschen Theater und der Oper eine Kunstausstellung mit jeweils einem Exponat der bildenden Kunst (Zeichnung, Plastik, ...) von Bürgerinnen und Bürgern Halles und des Saalekreises durchgeführt werden kann. Diese Ausstellung soll den Anspruch Halles als Kulturstadt vor-Augen-führen und insbesondere die Vertreter der darstellenden Künste unterstützen.

Gleichzeitig soll sie den Beginn einer stärkeren Beachtung der bildenden Kunst im öffentlichen Leben Halles darstellen.

Dem Vorschlag von **Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, für die Tagesordnungspunkte 8.18 bis 8.23 eine Blockabstimmung vorzunehmen, wurde zugestimmt.

**zu 8.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2014/12424**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Torsten Bau scheidet als sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss aus.
Herr Marko Rupsch wird als sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

zu 8.19 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Aufsichtsrates

der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH
Vorlage: V/2014/12444

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH die Abberufung des Stadtrates Roland Hildebrandt vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wasser- und Abwasser GmbH Stadtrat Andreas Scholtyssek für eine Berufung in den Aufsichtsrat vor.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

zu 8.20 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12445

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Abberufung des Stadtrates Roland Hildebrandt aus dem Beirat des Jobcenters Halle (Saale)
2. Der Stadtrat beschließt die Entsendung des Stadtrates Michael Sprung in den Beirat des Jobcenters Halle (Saale)
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

zu 8.21 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2014/12446

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Abberufung des Stadtrates Roland Hildebrandt aus dem Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung.
2. Der Stadtrat entsendet Stadtrat Andreas Scholtyssek in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung.

zu 8.22 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
Vorlage: V/2014/12447

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Herr Stadtrat Roland Hildebrandt wird von seiner Mitwirkung im Rechnungsprüfungsausschuss entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Bernhard Bönisch in den Rechnungsprüfungsausschuss.

zu 8.23 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses
Vorlage: V/2014/12448

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Herr Stadtrat Roland Hildebrandt wird von seiner Mitwirkung im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss entbunden.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Jürgen Busse in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

zu 8.24 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Wahl eines Stellvertreters im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2014/12449

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zog den Antrag seiner Fraktion aus der heutigen Stadtrats-

sitzung zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss, Herr Stadtrat Roland Hildebrandt, wird von seiner Funktion entbunden.*
2. *Der Stadtrat wählt als Stellvertreterin für das stimmberechtigte Mitglied Andreas Schachtschneider im Jugendhilfeausschuss, Frau Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher.*

**zu 8.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
Vorlage: V/2014/12455**

**zu 8.25.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und DIE LINKE zur Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates
(Vorlagen-Nr.: V/2014/12455)
Vorlage: V/2014/12457**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass die Anträge zum TOP 8.25 und 8.25.1 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.19 diskutiert und darüber abgestimmt worden ist.

**zu 8.26 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: V/2014/12452**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Dr. Frank Hirschinger scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Kulturausschuss aus.

Herr Pascal von Buck wird als sachkundiger Einwohner in den Kulturausschuss berufen.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, beantragte, alle schriftlichen Anfragen auf die Tagesordnung der Sondersitzung am 12.02.2014 zu verschieben.

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

- zu 9.6** **Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11896)**
Vorlage: V/2013/12174
-

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

- zu 9.7** **Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung am August-Bebel-Platz**
Vorlage: V/2013/12276
-

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

- zu 9.8** **Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Raumkonzept des FB 24**
Vorlage: V/2013/12284
-

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

- zu 9.9** **Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grund- und Schichtwassersituation Halle/Seeben**
Vorlage: V/2013/12312
-

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

- zu 9.10** **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Online-Katalog der Stadtbibliothek Halle**
Vorlage: V/2013/12301
-

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

- zu 9.11** **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umfang und Kosten des Projektes "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"**
Vorlage: V/2013/12302
-

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass
Vorlage: V/2013/12303**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Laubsaugern und
Laubbläsern
Vorlage: V/2013/12304**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand Breitband-
verfügbarkeit und -ausbau
Vorlage: V/2013/12305**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu in den Jahren 2011 und
2012 in Auftrag gegebenen Gutachterleistungen
Vorlage: V/2013/12306**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.16 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Übereinstimmung des geplanten
Bauvorhabens im Rahmen des Bebauungsplanverfahren 162 mit der
Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/12184**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.17 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum geplanten Bauvorhaben im
Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Vergleich zu einem
GWG-Projekt am Hubertusplatz
Vorlage: V/2013/12182**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.18 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Verwertung des Grundstücks im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12180**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.19 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu einem Beweissicherungsverfahren im Rahmen der Abrissarbeiten und späterer Baumaßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12179**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.20 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen
Vorlage: V/2013/12178**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.21 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum Einsatz von Straßenborden
Vorlage: V/2013/12308**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.22 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Führung des Radverkehrs in der Heideallee
Vorlage: V/2013/12309**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.23 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Vorgaben der HAVAG zu einzuhaltenden Abständen der Straßenbahnen zu Fahrrädern und Beachtung der StVO
Vorlage: V/2013/12310**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Finanzierung des Fußwegebaus
zwischen der Haltestelle Am Heidensee und dem Gleisübergang
Vorlage: V/2013/12311**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.25 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Sicht der Verwaltung auf die weitere
Vorgehensweise im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 162
Vorlage: V/2013/12316**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.26 Anfrage der CDU-Fraktion zum Bürgerhaushalt
Vorlage: V/2014/12380**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.27 Anfrage der CDU-Fraktion zum Osendorfer See
Vorlage: V/2014/12381**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.28 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Neubau einer
Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12382**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.29 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Spontanpartys in
Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12376**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.30 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Vorlagen-Nr.:
V/2013/11898 – Sitzung des Stadtrates vom 27.11.2013**

**-Anpassung und Neuausweisung der räumlichen Schwerpunkte
(Fördergebiete) zur Gebäudesicherung an den Programmfortschritt sowie
Verlängerung des Förderzeitraumes für diese Schwerpunktbereiche-
Vorlage: V/2014/12385**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.31 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Nutzungsverträgen für Garagen-
gemeinschaften
Vorlage: V/2013/12364**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.32 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur neuen Ampelanlage am
Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/12365**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.33 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu arbeitsmarktpolitischen
Maßnahmen in Halle
Vorlage: V/2013/12366**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.34 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der
Unterkunft
Vorlage: V/2013/12367**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.35 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung des Halle-
Passes
Vorlage: V/2014/12403**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 9.36 **Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2013/11777)**
Vorlage: V/2014/12404

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 9.37 **Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zum Neubau eines Katastrophenschutzentrums**
Vorlage: V/2014/12394

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 9.38 **Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Geschäftsordnung des Stadtrates**
Vorlage: V/2014/12391

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 9.39 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum**
Vorlage: V/2014/12389

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 9.40 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Planetarium auf der Peißnitzinsel**
Vorlage: V/2014/12393

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 9.41 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Bereich der Hochwasserschutzanlage Gimritzer Damm**
Vorlage: V/2014/12397

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

**zu 9.42 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Schule am Niedersachsenplatz
Vorlage: V/2014/12399**

Verschoben auf die Sondersitzung am 12.02.2014.

zu 10 Mitteilungen

**zu 10.1 Sachstand der Bewilligungen zur Städtebauförderung für das Programmjahr 2013
Vorlage: V/2013/12177**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Konzept zum Jubiläumsjahr "50 Jahre Neustadt"
Vorlage: V/2013/12072**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Quartalsbericht III/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2013/12090**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf
Vorlage: V/2013/11554**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11917

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.6 Veranstaltungshöhepunkte 2014
Vorlage: V/2013/12163

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass eine mündliche Anfrage von Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion, in schriftlicher Form vorliege:

zu 11.1 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Beigeordnetenkonferenz

In der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz am 14. Januar 2014 wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung von ihrem Dienstherrn für vermeintliche Schlechtleistungen öffentlich gemäßigert. Gemäß § 63, Absatz 1, Satz 1 Gemeindeordnung LSA ist der Bürgermeister für sachgerechte Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich.

1. Ist der Oberbürgermeister der Ansicht, dass das Vorführen von Angestellten der Stadtverwaltung mit öffentlicher Maßregelung einen ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung darstellt?

Antwort Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand:

Die Bewertung von Arbeitsaufträgen hat nichts mit dem ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung zu tun.

2. In welcher Form erfolgt seitens des Oberbürgermeisters die Vorbereitung der öffentlichen Beigeordnetenkonferenzen?

Antwort Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand:

Es gibt keine Vorberatungen zu der öffentlichen Beratung mit den Beigeordneten.

3. Sind die Inhalte/Ergebnisse von Arbeitsaufträgen dem Oberbürgermeister im Vorfeld bekannt?

Antwort Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand:

Nein, zur Auswertung von Inhalten und Ergebnissen findet die Beigeordnetenkonferenz statt.

zu 11.2 Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Eisdom

Herr Wehrich fragte nach dem Stand der Umsetzung des Eisdoms.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.3 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Sanierung der Turnhalle Heideschule

Herr Krause fragte nach der Höhe des städtischen Anteils für die Sanierung des Bodens der Turnhalle Heideschule und wo eine Entscheidung dazu stattfand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.4 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Antwort des Oberbürgermeisters zur Beigeordnetenkonferenz

Herr Scholtyssek zeigte sich erstaunt über die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, dass ihm die Berichte in der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz vorher nicht bekannt seien.

Die Maßregelung von städtischen Mitarbeitern in einer öffentlichen Veranstaltung stelle für ihn keinen ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung dar und sollte intern geklärt werden.

zu 11.5 Anfrage Herr Felke, SPD-Fraktion, zum MMZ

Bezugnehmend auf die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 8.3 zum MMZ fragte **Herr Felke** an, ob es zutreffe, dass sich die Stadt an die Investitionsbank gewandt habe, die Prüfung des Antrages auf Fluthilfe auszusetzen.

Wenn ja, fragte er an, wie in der Zwischenzeit entsprechende Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt notwendig seien, finanziert werden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte mit, dass er auf Anfrage der Investitionsbank zur Positionierung der Stadt, dieser mitgeteilt habe, dass bis zur Entscheidung der Antrag ruhend gestellt werde

zu 11.6 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Untersetzungen der Maßnahmen zur Fluthilfe

Herr Krause fragte an, wie viel von den umfangreich beschlossenen Maßnahmen zur Fluthilfe bis jetzt untersetzt eingereicht worden sind.

Dazu teilte **Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**, mit, dass 111 Anträge untersetzt eingereicht wurden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine detaillierte schriftliche Beantwortung mit Vorlage der eingereichten Anträge zu.

zu 11.7 Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zur Finanzierung Moritzburg

In Bezug auf einen Stadtratsbeschluss vom 24.03.2010, die Mitfinanzierung der Moritzburg betreffend, informierte **Frau Dr. Wünscher** darüber, dass die Finanzierung aufgrund interner Absprachen von der Saalesparkasse übernommen wurde. Seit zwei Jahren gäbe es keine Finanzierung mehr und sie fragte an, wie die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten im Verwaltungsrat der Moritzburg weiterhin wahrnehmen will.

Desweiteren machte sie darauf aufmerksam, dass der Stadtratsbeschluss immer noch Gültigkeit habe und aufzuheben sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses für nicht zwingend erforderlich, da der Beschluss unter Vorbehalt des Haushaltes stehe.

Er habe bereits mehrfach im Stadtrat zur Finanzierung der Moritzburg berichtet und sagte zu, die Weitergabe seiner Informationen dazu an Frau Dr. Wünscher zu veranlassen.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der Lessingstraße Vorlage: V/2013/12275

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12.2 Anregung Herr Misch, CDU-Fraktion, zur rechtlichen Bewertung der Tagesordnungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse

Aus gegebenem Anlass regte **Herr Misch** an, vor der Veröffentlichung von Tagesordnungen für den Stadtrat und der Ausschüsse eine rechtliche Bewertung vorzunehmen, ob die eingebrachten Anträge auf die Tagesordnung gebracht werden dürfen. Weiterhin bat er um eine Überprüfung, ob Anträge oder Vorlagen öffentlich oder nicht öffentlich zu behandeln sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass bereits eine Veranlassung dazu erfolgt sei.

**zu 12.3 Anregung Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zum TOP 10.5 -
Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertages-
stätten in Halle (Saale)**

Bezugnehmend auf den Bericht zum Brandschutz in Kitas und Schulen informierte **Herr Dr. Meerheim**, dass in vielen Einrichtungen ein katastrophaler Zustand bezüglich des Brandschutzes herrsche und regte an, für die Haushaltsdiskussion 2015 und möglicherweise 2016 den Bericht sehr ernst zu nehmen, damit es aus brandschutztechnischen Gründen nicht zu Schließungen von Einrichtungen komme.

zu 12.4 Anregung Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Raumtemperatur im Festsaal

In Bezug auf die niedrigen Raumtemperaturen im Festsaal, regte **Herr Krause** an, Möglichkeiten von weiteren Wärmequellen in Betracht zu ziehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schnellstmögliche Veranlassung zu.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der FDP-Fraktion

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass die FDP-Fraktion Akteneinsicht in alle Gutachten zur Eissporthalle sowie in die von der Firma Rauschenbach und Kollegen durchgeführte Beratung zu kommunalen Sportstätten, die gutachterliche Stellungnahme zu ausgewählten steuerlichen Aspekten kommunaler Sportanlagen und die wirtschaftliche Beratungsleistung zur Sanierung der Integrierten Gesamtschule, der Sekundarschule Johann Christian Reil und der Grundschule Am Heiderand beantragt hat.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 51. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin